

Wochenbericht

Frühjahrsgrundlinien 2010

Seite 2

Mit 1,7 oder 1,8 Prozent wird die deutsche Wirtschaft 2010 und 2011 wachsen. Der Arbeitsmarkt bleibt stabil, ebenso die Preise. Die Haushaltsdefizite sind enorm. Um die Schuldenbremse zu ziehen und den Stabilitätspakt einzuhalten, sind erhebliche Konsolidierungsanstrengungen nötig. Für Steuersenkungen gibt es nicht den geringsten Spielraum – aber an Steuererhöhungen besteht erhöhter Bedarf.

**Von Christian Dreger, Ansgar Belke, Kerstin Bernoth,
Korbinian von Blanckenburg, Franziska Bremus, Karl Brenke,
Roberta Colavecchio, Ferdinand Fichtner, Hendrik Hagedorn, Vladimir Kuzin**

„Wir befinden uns in einem moderaten Aufwärtstrend“

Seite 3

Sechs Fragen an Christian Dreger

Weltwirtschaft: Wieder auf Wachstumskurs, aber große Unterschiede zwischen den Regionen

Seite 4

Deutschland: Die Aussichten sind gut, abgesehen vom Staatsdefizit

Seite 15

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Seite 23

Forschungsbasierte Politikberatung – was sonst?

Seite 28

Kommentar von Klaus F. Zimmermann

Frühjahrsgrundlinien 2010

Christian Dreger
cdreger@diw.de

Ansgar Belke

Kerstin Bernoth

Korbinian von Blanckenburg

Franziska Bremus

Karl Brenke

Roberta Colavecchio

Ferdinand Fichtner

Hendrik Hagedorn

Vladimir Kuzin

Das DIW Berlin rechnet für 2010 und 2011 mit einem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,7 und 1,8 Prozent. Damit setzt die deutsche Wirtschaft ihren moderaten Erholungskurs der vergangenen Quartale fort. Zwar hat die Produktion im Winter überraschenderweise nur stagniert, dies ist aber auf Sondereffekte etwa im Zusammenhang mit den Konjunkturprogrammen zurückzuführen. Angesichts des moderaten Wachstumstempos wird die Wirtschaftskraft am Ende des Prognosezeitraums 2011 nur noch leicht unter dem Vorkrisenniveau liegen.

Getrieben wird die leichte Erholung der Konjunktur 2010 größtenteils von der Auslandsnachfrage; rund zwei Drittel der Zunahme der Produktion dürften aus der Verbesserung des Außenbeitrags kommen. 2011 ist dagegen die Binnennachfrage der stärkste Wachstumstreiber. Während der private Konsum 2010 aufgrund der vorhandenen Arbeitsplatzunsicherheit und niedriger Lohnabschlüsse noch schwach bleibt, ist 2011 mit einem Zuwachs von einem Prozent zu rechnen.

Der massive Rückgang der Wirtschaftsleistung 2009 hat sich weit weniger als befürchtet auf die Entwicklung der Beschäftigung ausgewirkt. Der wichtigste Grund dafür war, dass die Krise weitgehend auf den Exportsektor begrenzt blieb. Derzeit spricht viel dafür, dass die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt bereits durchschritten ist und sich sogar ein leichter Rückgang der Arbeitslosigkeit einstellen wird. Mit einem kräftigen Aufschwung bei der Beschäftigung ist allerdings nicht zu rechnen. Zwar liegt das Wachstum im Prognosezeitraum über der Schwelle, ab der Beschäftigung aufgebaut wird, der vorherige Absturz der Produktion steht aber einem deutlichen Zuwachs der Beschäftigung entgegen.

Die Lage der öffentlichen Haushalte bleibt hochgradig angespannt. Tatsächlich ist 2010 und 2011 eher mit geringeren Steuereinnahmen zu rechnen, als dies noch zur Jahreswende prognostiziert worden war. Dadurch wird die Konsolidierung der öffentlichen Finanzen nochmals erschwert, sodass kein Spielraum für Steuersenkungen besteht. Im Gegenteil: In Anbetracht der gesetzlich verankerten Schuldenbremse ist eine nachhaltige Verbesserung auch bei den Staatseinnahmen erforderlich, Ausgabenkürzungen dürften nicht ausreichen, um den anstehenden Konsolidierungsbedarf zu decken.

Sechs Fragen an Christian Dreger

„Wir befinden uns in einem moderaten Aufwärtstrend“

Herr Prof. Dreger, zu Beginn des Jahres schien die deutsche Wirtschaft nur langsam wieder Tritt zu fassen. Nimmt die Konjunktur jetzt wieder Fahrt auf?

Wir befinden uns in einem sehr moderaten Aufwärtstrend. Nach unseren Schätzungen wird die Wirtschaft in diesem Jahr um ungefähr 1,7 Prozent zulegen, nächstes Jahr sollten es 1,8 Prozent sein. Insgesamt ist das ein Aufwärtstrend, mit dem wir nach der Finanzkrise noch zufrieden sein können. Dies ist zwar nur ein bescheidener Aufschwung, aber wir kommen aus der Krise raus.

Wie nachhaltig wird dieser Aufschwung sein?

Dieses bescheidene Wachstum wird sich über einen gewissen Zeitraum fortsetzen. Deutschland profitiert dabei von der Erholung der Weltwirtschaft. Das wird aber im Gegensatz zu früheren Phasen nur unterdurchschnittlich geschehen. Der Hauptgrund ist einerseits, dass die wichtigsten Absatzmärkte für deutsche Exporteure nicht mit den Wachstumszentren der Weltwirtschaft übereinstimmen. Zum anderen liegt es daran, dass die Exporte Deutschlands zum großen Teil aus Investitionsgütern bestehen.

An der Exportorientierung der deutschen Wirtschaft wurde international Kritik geübt. Ist diese Kritik berechtigt?

Export- und Konsumwachstum sind letztendlich das Ergebnis einer Vielzahl von Entscheidungen von Unternehmen und Haushalten. Das kann natürlich nicht politisch vorgegeben werden. Wahr ist aber, dass Deutschland einen erheblichen Außenhandelsüberschuss hat. Der würde sich reduzieren, wenn die Nachfrage nach Importen steigt. Die Importe würden bei einer stärkeren Binnenkonjunktur ja steigen. Dort liegt längerfristig der Schlüssel für größeres Wachstum, was aber Strukturreformen voraussetzen würde, um eine stärkere binnenwirtschaftliche Dynamik zu bekommen.

Wie ist es denn um die Konsumnachfrage bestellt?

Der Konsum wird in diesem Jahr stagnieren, im nächsten Jahr ist dann wieder ein Plus drin. Insgesamt liegen wir mit der Konsumquote ungefähr im Durchschnitt der Europäischen Union. Von daher haben wir keine besondere Konsumschwäche. Die andere Komponente der Binnen nachfrage sind die Investitionen. Sie sind zumindest teilweise von den Exporten getragen und lassen nur einen bescheidenen Aufschwung erwarten.

Zuletzt gab es überraschend positive Signale vom Arbeitsmarkt. Ist hier die Talsohle durchschritten?

Die Arbeitsmarktindikatoren zeigen das zumindest an. Zum Beispiel wird die Kurzarbeit abgebaut, und die Zahl der Teilnehmer in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geht zurück, ohne dass die Arbeitslosigkeit zunimmt. Das ist eigentlich ein Zeichen dafür, dass der Arbeitsmarkt nicht nur robust ist, sondern dass eventuell schon jetzt die Talsohle hinter uns liegt. Wir erwarten daher keine Verschlechterung am Arbeitsmarkt im Prognosezeitraum. Es ist aber noch zu früh, jetzt von einem Beschäftigungsaufschwung auszugehen.

Wie fällt die Prognose für das Lohnsteueraufkommen aus?

2010 und 2011 werden wir ein geringeres Lohnsteueraufkommen haben, als wir beispielsweise im Arbeitskreis Steuerschätzung noch im November letzten Jahres erwartet haben. Für Steuersenkungen besteht 2011 kein Spielraum. Derzeit deutet alles darauf hin, dass man eher mit Minder- als mit Mehreinnahmen zu rechnen hat. Deshalb sollten wir jetzt möglichst auf einen Konsolidierungspfad einschwenken und die Diskussion über mögliche Steuersenkungen endlich beenden.



Prof. Dr. Christian Dreger,
Leiter der
Konjunkturabteilung am
DIW Berlin

» Für Steuersenkungen besteht derzeit kein Spielraum. «

Das Gespräch führte
Erich Wittenberg.
Das vollständige
Interview zum Anhören
finden Sie auf
www.diw.de/interview

Weltwirtschaft: Wieder auf Wachstumskurs, aber große Unterschiede zwischen den Regionen

Die Weltwirtschaft befindet sich nach der schweren Rezession zur Jahreswende 2008/09 wieder auf einem Erholungskurs. Inzwischen hat sich der Welthandel stabilisiert; in den letzten Monaten ist er sogar deutlich gestiegen (Abbildung 1). Dabei verläuft die wirtschaftliche Entwicklung in den einzelnen Regionen der Weltwirtschaft allerdings nicht parallel, sondern äußerst heterogen. Die globale Konjunktur folgt einem Muster, das auch schon vor der Wirtschaftskrise vorherrschend war. Die Importnachfrage in Asien übertrifft mittlerweile die Vorkrisenwerte. In Südamerika und Afrika liegen die Einfuhren nicht mehr weit unter diesem Niveau. Dagegen laufen die Industrieländer der Entwicklung hinterher (Abbildung 2).

Die aktuelle Erholung geht dementsprechend vor allem von den Schwellenländern aus. Bereits im letzten Jahr hatten diese Länder mit einem Zuwachs von knapp zwei Prozent die Konjunktur in der Weltwirtschaft gestützt. Dagegen ist die Produktion in den Industrieländern im Schnitt um 3,5 Prozent eingebrochen. Aber auch innerhalb der Gruppe der Schwellenländer ist die Entwicklung heterogen. Während die Wachstumstreiber vor allem in Süd- und Ostasien und in Südamerika zu finden sind, entwickeln sich die Länder Mittel- und Osteuropas und die GUS-Staaten schwächer als der Durchschnitt. Die In-

dustriestaaten, in denen die Erholung im Herbst und Winter durch Sondereffekte überzeichnet war, werden 2010 und 2011 nur ein moderates Wachstum aufweisen. Dabei dürfte die Wirtschaft in den USA merklich schneller anziehen als im Euroraum und in Japan.

Die neuen Wachstumszentren wie China und Indien haben ein zu geringes Gewicht, um die konjunkturelle Erholung in den Industrieländern nachhaltig zu stimulieren. So nehmen die beiden Länder nur rund zehn Prozent der Exporte aus den Industrieländern auf. Insbesondere der Euroraum wird aufgrund geringer Ausfuhranteile wohl kaum vom starken Wachstum in Süd- und Ostasien profitieren (Kasten 1). Alles in allem wird die Weltwirtschaft in diesem Jahr um drei Prozent, im nächsten Jahr um vier Prozent zulegen. Damit bleibt die Dynamik 2010 und 2011 unter dem Trend der letzten beiden Dekaden.

Da der Anteil der aufstrebenden Länder an der Weltproduktion weiter steigt, erhöht sich die Energieintensität des Wachstums. Dementsprechend ist ein leichtes Anziehen der Ölpreise zu erwarten. Dabei sind Spotpreise für ein Barrel der Sorte Brent von 80 US-Dollar Ende 2010 und von 85 US-Dollar Ende 2011 für die Prognose unterstellt. Diese Preisentwicklung deckt sich mit den Bewertungen an den Terminmärkten.

Die Finanzkrise hat sich in den letzten Monaten zwar entschärft, sie ist aber noch nicht überwunden. So steht eine international abgestimmte Regulierung der Finanzmärkte nach wie vor aus. Die Standards der Kreditvergabe könnten wieder anziehen, wenn sich bei den Banken ein weiterer Abschreibungsbedarf zeigt. Dies gilt inzwischen auch für den Euroraum, in dem sich Kreditangebot und Kreditnachfrage noch ungefähr die Waage halten. Daneben sind angesichts höherer Staatsausgaben und geringerer Steuereinnahmen neue Risiken hinzugekommen. Die Budgetdefizite der Länder des Euroraums liegen deutlich über den Stabilitätskriterien des Maastricht-Vertrages. Wegen der nur bescheidenen Wachstumsperspektiven für die Region ist die angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen innerhalb von nur wenigen Jahren fraglich. Insbesondere Griechenland kann sich zum Testfall für die Währungsunion entwickeln. Dabei sind die Abwertungsrisiken des Euro gegenüber dem

Abbildung 1

Welthandel
Index 2005 = 100



Quelle: CPB, Den Haag.

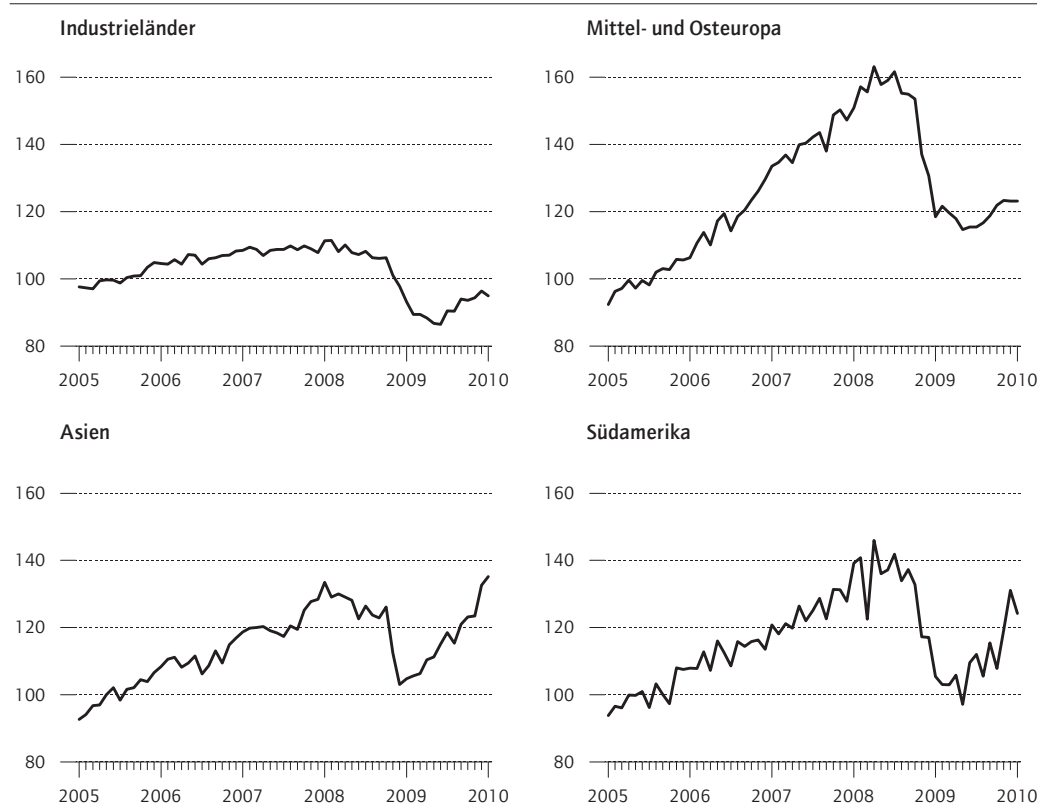
DIW Berlin 2010

Nach dem tiefen Einbruch hat sich der Welthandel bis Anfang 2010 schon recht gut wieder erholt.

Abbildung 2

Importnachfrage nach Regionen

Index 2005 = 100



Quellen: CPB, Den Haag; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

In Asien ist der Nachfrageeinbruch bereits überwunden im Gegensatz zu den Industrieländern. Mittel- und Osteuropa stecken noch in der Krise, während sich Südamerika zügig erholt.

US-Dollar noch das geringste Problem. In dieser Prognose wird unterstellt, dass es den politischen Instanzen gelingt, die Krise rasch beizulegen.

Vereinigte Staaten

In den USA hat die Wirtschaft zuletzt deutlich expandiert. Nachdem die Rezession im Herbst 2009 überwunden wurde, hat die Produktion im vierten Quartal 2009 real sogar um 1,4 Prozent zugelegt (Abbildung 3). In diesem Tempo ist die US-Wirtschaft seit Jahren nicht mehr gewachsen. Damit liegt die Produktion nur noch um knapp zwei Prozent unter dem Vorkrisenniveau.

Allerdings wird das Wachstumstempo im weiteren Verlauf nicht anhalten. Der derzeit wichtigste Wachstumsfaktor ist ein verlangsamer Lagerabbau bei den Unternehmen. Die Lagerbestände konnten nicht mehr in gleichem Maße wie zuvor reduziert werden, sodass die hohe Dynamik aktuell durch Sondereffekte überzeichnet ist.

Zwar dürften von den Lagerinvestitionen auch in den kommenden Quartalen positive Impulse ausgehen, da der Lagerabbau mehr und mehr auslaufen wird, jedoch ist kaum mit einer übermäßigen Beschleunigung zu rechnen, weil die Absatzaussichten für die Unternehmen verhalten bleiben. Die positiven Tendenzen bei den Ausrüstungen werden durch eine schwächere Bautätigkeit konterkariert. Der Konsum wird von der hohen Arbeitslosigkeit gehemmt, die im Zuge der Wirtschaftskrise auf rund zehn Prozent gestiegen ist.

Die Leistungsbilanzdefizite liegen inzwischen nur noch bei drei Prozent und haben sich damit im Laufe der Rezession halbiert. Die Verbesserung der Außenwirtschaftsposition ist allerdings nur zu einem geringen Teil auf die trendmäßige Abwertung des US-Dollar gegenüber Euro und Yen zurückzuführen. Entscheidend dafür ist eine gedämpfte Entwicklung bei den Importen, in der sich die schwache Binnenkonjunktur spiegelt. Insofern dürften die Defizitprobleme

Kasten 1

Ist China die neue Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft?

2010 und 2011 wird das Wachstum in der Weltwirtschaft durch zunehmende regionale Disparitäten geprägt. Während insbesondere die Schwellenländer in Ostasien ein hohes Wachstum der Produktion aufweisen werden, bleibt die wirtschaftliche Dynamik in den Industriestaaten relativ moderat. Die Frage ist, ob von der Wachstumsdynamik in China signifikante Impulse für die Weltwirtschaft ausgehen. Daran bestehen indes erhebliche Zweifel. Diese Einschätzung stützt sich zum einen auf eine Analyse der Exportanteile: So gehen beispielsweise weniger als drei Prozent der Exporte des Euroraums nach China, in den USA liegt dieser Anteil bei sieben Prozent. Zum anderen deuten auch ökonometrische Modelle auf einen eher moderaten Einfluss Chinas hin. Aus der Untersuchung der Kausalitätsstrukturen zwischen den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in China, den USA und im Euroraum ergibt sich, dass die US-Wirtschaft den Euroraum (mit einer mittleren Verzögerung von einem Quartal) beeinflusst. Eine Kausalität in umgekehrter Richtung besteht dagegen nicht. Für das chinesische Wachstum ist kein direkter Einfluss auszumachen, weder für die USA noch für den Euroraum (Tabelle 1).

Das Ergebnis wird noch erhärtet, wenn man die Ursachen von Wachstumsschocks betrachtet (Tabelle 2). Danach sind die Prognosefehler der Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in erheblicher Weise auf landesspezifische Schocks zurückzuführen. Dies gilt insbesondere für China, wo weit über 90 Prozent der Fehlervarianz durch Schocks im dortigen Wachstumsverlauf begründet sind. Während dieser Anteil für die USA etwas geringer ausfällt, zeigt sich für den Euroraum eine überragende Bedeutung des weltwirtschaftlichen Umfelds, auch wegen der hierzulande im Durchschnitt nur schwachen Binnenkonjunktur. So sind bereits nach Ablauf eines Jahres mehr als 50 Prozent der Prognosefehler durch außenwirtschaftliche Schocks verursacht. Davon entfällt der Löwenanteil (49 Prozentpunkte) auf US-Schocks. Im Vergleich dazu ist China vernachlässigbar. Man kann daraus schließen, dass China im Gegensatz zu den USA bisher keine Konjunkturlokomotive der Weltwirtschaft war und bis 2011 auch nicht sein wird.

Tabelle 1

Konjunkturzusammenhang zwischen Wirtschaftsräumen

Kausalitätshypothese	p-Wert
Euroraum – China	0,370
China – Euroraum	0,891
USA – China	0,811
China – Euroraum	0,724
USA – Euroraum	0,001
Euroraum – USA	0,094

Granger-Kausalität zwischen den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts. Saisonbereinigte Quartalsdaten vom 1. Quartal 1995 bis zum 4. Quartal 2008. Ablehnwahrscheinlichkeiten der F-Statistik. Sofern die Werte unter 0,05 liegen, ist die Kausalität signifikant. Lag-Strukturen nach Maßgabe des Schwartz-Bayesschen Informationskriteriums.

DIW Berlin 2010

Nur die USA haben Einfluss auf die wirtschaftliche Entwicklung im Euroraum, der auch statistisch nachweisbar ist.

Tabelle 2

Relative Bedeutung von Wachstumsschocks

In Prozent der Prognosefehlervarianz

Wirkung nach ... Quartalen	Ursprung des Schocks		
	China	USA	Euroraum
Wachstumsbeeinflussung in China			
4	96,4	1,6	2,0
12	94,8	2,8	2,4
Wachstumsbeeinflussung in den USA			
4	3,5	88,4	8,1
12	3,5	86,2	10,3
Wachstumsbeeinflussung im Euroraum			
4	3,9	49,0	47,1
12	3,7	53,1	43,2

VAR-Modell mit den Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in China, in den USA und im Euroraum. Saisonbereinigte Quartalsdaten vom 1. Quartal 1995 bis zum 4. Quartal 2008. Lag-Strukturen nach Maßgabe des Schwartz-Bayesschen Informationskriteriums. Zerlegung der Varianz der Prognosefehler.

DIW Berlin 2010

In China und in den USA reagiert die Wirtschaft kaum auf äußere Einflüsse, während der Euroraum zur Hälfte von den USA beeinflusst wird.

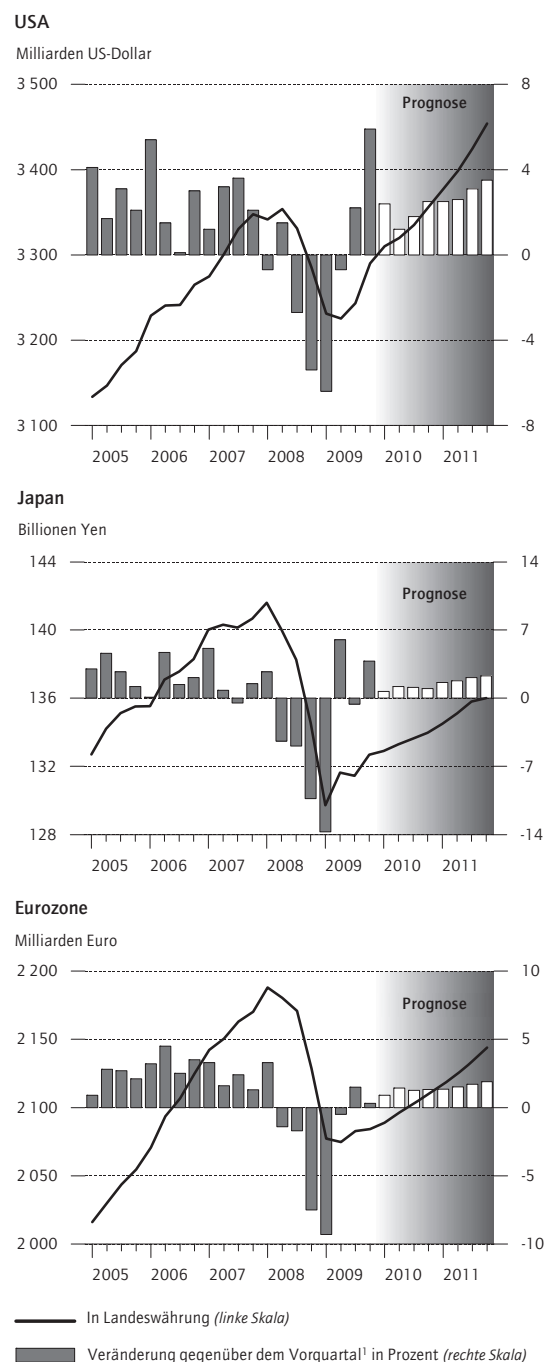
zurückkehren, sobald sich die Konjunktur wieder festigt. Allerdings wird infolge der anhaltenden Konsumzurückhaltung der Haushalte das Leistungsbilanzdefizit auch mittelfristig unter dem Vorkrisenniveau bleiben.

Bei alldem überrascht es nicht, dass die Frühindikatoren kein allzu optimistisches Bild zeich-

nen. Zwar deutet der Einkaufsmanagerindex des *Institute for Supply Management* (ISM) auf weitere Verbesserungen im Frühjahr 2010 hin. Der Indikator liegt jedoch nur wenig oberhalb seiner Expansionsschwelle (Abbildung 4). Das Konsumentenvertrauen hat sich angesichts schlechterer Beschäftigungs- und Einkommensperspektiven zuletzt wieder eingetrübt. Auch die wieder hö-

Abbildung 3

Reales Bruttoinlandsprodukt in den USA, in Japan und im Euroraum



¹ Auf Jahresraten hochgerechnet, saisonbereinigter Verlauf.

Quellen: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin. DIW Berlin 2010

In den USA wird das Bruttoinlandsprodukt Ende 2010 das Vorkrisenniveau erreichen. In Japan und in der Eurozone wird aber erst rund die Hälfte des Einbruchs Ende 2011 wettgemacht sein.

here Volatilität der Aktienkurse und die massive Ausweitung der Staatsverschuldung dürften sich negativ auf die Stimmung der privaten Haushalte ausgewirkt haben.

Insgesamt bleiben die weiteren Aussichten verhalten, zumal der kurzfristig stimulierende Effekt der fiskalischen Maßnahmen allmählich nachlassen wird. Allerdings ist kein gravierender konjunktureller Rückschlag zu erwarten, wenn die Staatsausgaben zurückgefahren werden. So deuten empirische Studien meist nur auf geringe Multiplikatoren hin. Alles in allem dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt 2010 um etwa 2,5 Prozent anziehen, 2011 ist ein Zuwachs in gleicher Größenordnung zu erwarten. Bei noch niedriger Kapazitätsauslastung und allenfalls geringer Lohnsteigerungen wird die Inflation unter dem längerfristigen Durchschnitt verharren. Damit haben Geld- und Fiskalpolitik genügend Spielraum, um auf einen Konsolidierungskurs einzuschwenken. Die Entwicklung am Arbeitsmarkt wird sich leicht verbessern. Die Unternehmen haben in der Rezession übermäßig Beschäftigung abgebaut, um sich gegen drohende Liquiditätsengpässe abzusichern. Im Aufschwung werden vermutlich früher als sonst Arbeitskräfte eingestellt. Angesichts einer nur moderaten Dynamik dürfte die in der Krise aufgebaute Langzeitarbeitslosigkeit ein wichtiges Problem bleiben.

Süd- und Mittelamerika

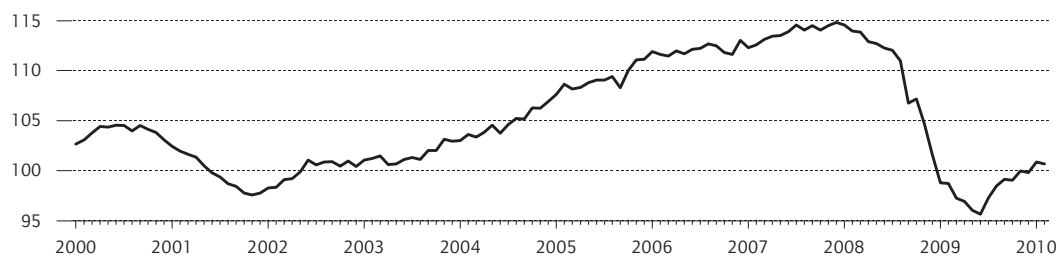
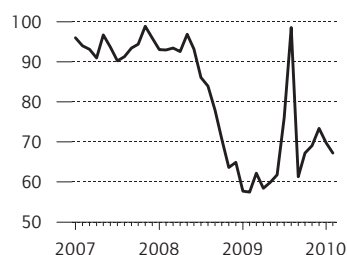
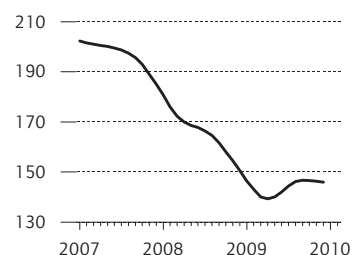
Süd- und Mittelamerika ist aktuell ein Wachstumszentrum der Weltwirtschaft. Im Durchschnitt hat die Wirtschaftskrise die Länder weniger stark getroffen, und angesichts einer steigenden Binnen- nachfrage ist im weiteren Verlauf ein recht dynamisches Wachstum zu erwarten. Hinzu kommen intensivere Handelsbeziehungen zu China, von denen vor allem die rohstoffexportierenden Länder profitieren.

Allerdings gibt es erhebliche regionale Unterschiede. Während Länder wie Brasilien und Peru hohe Zuwachsraten aufweisen dürften, sind die Perspektiven für Argentinien und Venezuela schlechter. Insbesondere Venezuela hat auf dauerhaft sehr hohe Ölpreise vertraut. Die Staatsausgaben können die zunehmende Schwäche bei der privaten Konsum- und Investitionsgüternachfrage immer schlechter kompensieren. Auch Mexiko ist wegen der hohen Abhängigkeit von den USA tief in die Rezession geraten. Trotz der relativ günstigen Ölpreisentwicklung dürfte es wohl mehrere Jahre dauern, bis das reale Bruttoinlandsprodukt wieder das Vorkrisenniveau erreicht.

Japan

In Japan hat sich die Finanz- und Wirtschaftskrise vor allem in einer sinkenden Nachfrage nach Ex-

Abbildung 4

Konjunkturindikatoren in den USA**Industrieproduktion****ISM¹-Einkaufsmanager-Index****ISM¹-Auftragseingänge****ISM¹-Produktion****Konsumentenvertrauen****Pkw-Neuzulassungen****Case-Shiller-Index¹**¹ Institute for Supply Management.

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

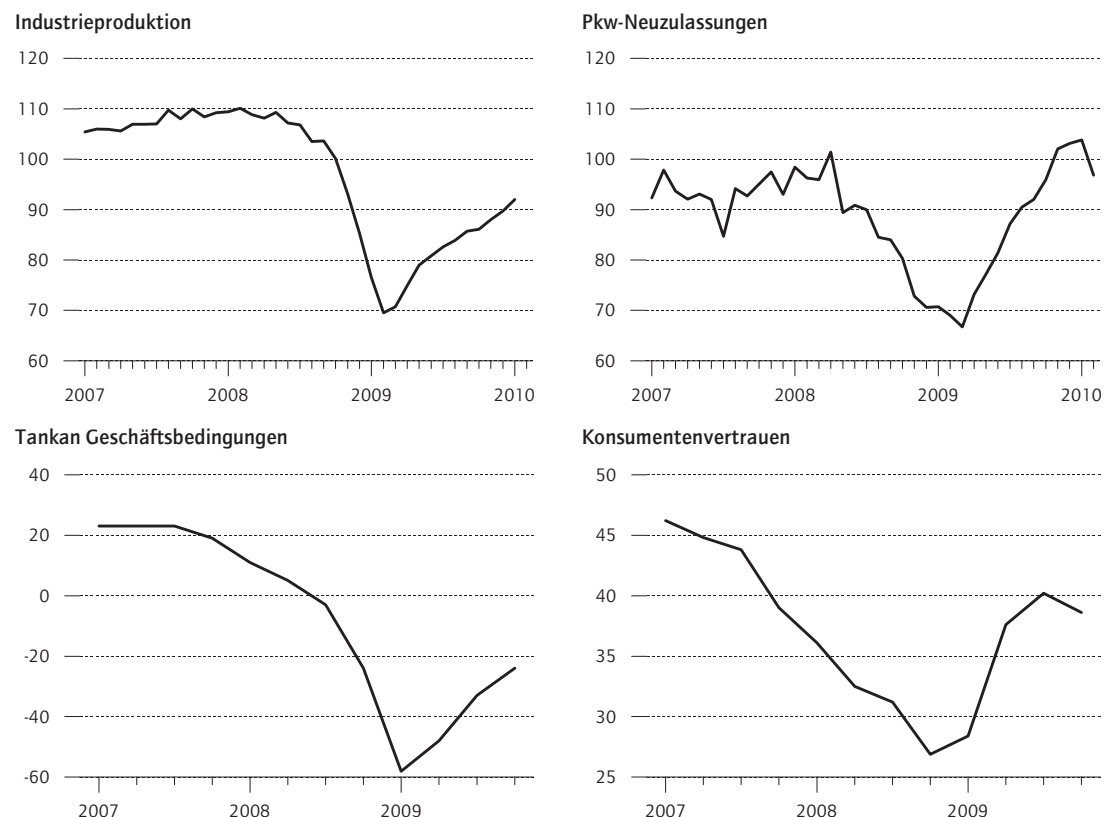
Die befragten Einkaufsmanager (ISM) sind optimistischer als vor der Krise. Die Konsumenten stecken aber noch tief im Konjunkturloch, da sich auch die Hauspreise (Case-Shiller) nicht erholt haben. Die Industrieproduktion liegt nur auf dem Niveau von 2002.

portgütern niedergeschlagen. Die wegbrechenden Exporte konnten angesichts einer schwachen Binnenkonjunktur nicht kompensiert werden. Nachdem die weltwirtschaftliche Produktion wieder leicht angezogen hatte, wurde die Rezession im Sommerquartal 2009 überwunden; die Wachstumsdynamik ist aktuell mit mehr als einem Prozent zum Vorquartal ausgesprochen kräftig. Obwohl die Arbeitslosigkeit nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau liegt, ist das Konsumentenvertrauen gestiegen (Abbildung 5), und die privaten Konsumausgaben sind seit Sommer 2009 gewachsen. Auch der Tankan-Index signalisiert, dass sich die konjunkturelle Lage für japanische Unternehmen leicht bessert. Dies dürfte in erster Linie auf die stabilisierenden fiskalischen Maßnahmen zurückzuführen sein. Seit dem Sommer haben zudem mehr und mehr japanische Unternehmen von der wiedererstarkenden Kon-

junktur im ostasiatischen Raum, insbesondere in China profitiert. Die Ausrüstungsinvestitionen haben im vierten Quartal 2009 zwar angezogen, die Dynamik bleibt jedoch schwach. Obwohl die Kapazitätsauslastungen in den Unternehmen mittlerweile gestiegen sind, liegen sie im Schnitt immer noch um 25 Prozentpunkte unter dem Vorkrisenniveau. Gleichwohl werden sich die deflationären Tendenzen weiter zurückbilden.

Japan ist mit einer Staatsschuldenquote von ungefähr 200 Prozent des Bruttoinlandsprodukts das am höchsten verschuldete Industrieland. Das Budgetdefizit ist im Zuge der konjunkturstimulierenden Maßnahmen auf etwa zehn Prozent gestiegen. Dies schränkt den Spielraum der Regierung für eine Fortsetzung dieser Maßnahmen ein. Vielmehr steigt der Konsolidierungsbedarf, um das Risiko einer Überschuldung der öffentlichen

Abbildung 5

Konjunkturindikatoren in Japan

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

In Japan sind die Konjunkturaussichten noch sehr gedämpft. Zwar zeigen die meisten Indikatoren nach oben, aber das Vorkrisenniveau ist noch längst nicht erreicht.

Haushalte zu verringern. Auch die demographische Entwicklung macht in den nächsten Jahren eine stärkere Konsolidierung erforderlich. Kommt es wie hier unterstellt zu Sparmaßnahmen, wird dies kurzfristig den weiteren konjunkturellen Verlauf hemmen. Die Auslandsnachfrage dürfte sich demnächst weniger dynamisch entwickeln. Zwar profitiert Japan in hohem Maße von der starken Konjunktur in Süd- und Ostasien, allerdings kommt der Aufschwung in den Vereinigten Staaten und besonders in Europa voraussichtlich nur langsam voran. Dabei wird die Toyota-Krise in den nächsten Quartalen als negativer Sonder-effekt zu Buche schlagen. Deshalb ist 2010 auch infolge des statistischen Überhangs ein Anstieg des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 Prozent zu erwarten, 2011 dürften es 1,5 Prozent sein.

Süd- und Ostasien

Der süd- und ostasiatische Raum ist derzeit das Wachstumszentrum der Weltwirtschaft. Dabei

kommt den Schwergewichten China und Indien die entscheidende Rolle zu. Gemessen in Kaufkraftparitäten erbringen beide Länder zusammen ungefähr die Wirtschaftsleistung des Euroraums. Die Entwicklung der Produktion in der Region hat sich wieder stärker von der in den Industriestaaten entkoppelt. Dies gilt insbesondere für China, das angesichts einer Exportquote von 40 Prozent des Bruttoinlandsprodukts weitaus anfälliger gegenüber weltwirtschaftlichen Schocks ist als Indien (Exportquote 20 Prozent).

In China hat die Regierung auf die Abkühlung des konjunkturellen Klimas mit einer massiven Erhöhung der öffentlichen Ausgaben reagiert. Obwohl die Exporte im letzten Jahr um rund 15 Prozent eingebrochen sind, hat das reale Bruttoinlandsprodukt um neun Prozent expandiert. Dazu haben neben sinkenden Importen vor allem zweistellige Zuwächse bei den Anlageinvestitionen und beim Staatsverbrauch beigetragen. Der private Konsum hat sich mit Wachstumsraten um sieben Prozent als stützend erwiesen.

Gleichzeitig zeigen sich Überhitzungstendenzen. Die Geldmenge (in breiter wie in enger Abgrenzung) ist um rund 30 Prozent ausgeweitet worden, sodass längerfristig ein erhebliches Inflationspotential besteht. Sowohl die Verbraucher- als auch die Produzentenpreise, die noch bis in den Herbst 2009 hineingesunken sind, ziehen aktuell wieder deutlich an. Vor allem aber ist die Kreditvergabe der meist staatlich kontrollierten Banken in letzter Zeit exzessiv gestiegen. Die in der ersten Jahreshälfte 2009 ausgereichten Kredite entsprechen etwa dem Volumen, das in den Jahren 2007 und 2008 insgesamt realisiert wurde. Da darunter auch viele Kredite an marode Unternehmen sind, wächst die Gefahr einer Blasenbildung. Für China besteht durchaus das Risiko einer harten Landung, die die konjunkturellen Perspektiven insbesondere im asiatischen Raum erheblich verschlechtern würde. Auch deshalb sollte die Regierung im weiteren Verlauf den expansiven Kurs zunehmend drosseln.

Bei einem statistischen Überhang von nahezu vier Prozent ist ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts im Bereich von zehn Prozent 2010 sehr wahrscheinlich. Dies gilt umso mehr, als die Ausfuhren bereits in den ersten Monaten 2009 ihren Boden erreicht hatten und seither wieder deutlich anziehen. 2011 wird bei einem weniger expansiven Kurs der Regierung die moderate Konjunktur in den Industrieländern in stärkerem Maße auf die Dynamik in China durchschlagen. Das Wachstum der Produktion sinkt dann leicht auf 8,5 Prozent. Da die inländische Nachfrage schneller als die der Weltwirtschaft expandiert, wird der Leistungsbilanzüberschuss, der bei Krisenbeginn noch bei zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts lag, weiter abnehmen.

In Indien hat die Wirtschaftskrise nicht allzu tiefe Spuren hinterlassen. Die Ausfuhren, die 2009 um acht Prozent gesunken sind, konnten erst im Herbst wieder anziehen. Nach wie vor wird die Konjunktur von der Binnennachfrage gestützt, sodass insgesamt ein Zuwachs der Produktion von 6,5 Prozent realisiert werden konnte. Dabei trägt besonders der Dienstleistungsbereich zur Wachstumsdynamik bei. Dieser Sektor macht inzwischen nahezu zwei Drittel der Wertschöpfung aus und konnte zuletzt mit acht Prozent erneut stärker als die Gesamtwirtschaft zulegen. Im weiteren Verlauf setzt sich dieses Muster im Wesentlichen fort. Die schnell wachsende Mittelschicht sorgt für eine kontinuierliche Stimulierung der Konjunktur. Dies lässt sich an einer Reihe von Indikatoren ablesen, unter anderem auch an den Neuzulassungen von Kraftfahrzeugen, die im längerfristigen Durchschnitt mit 15 Prozent pro Jahr

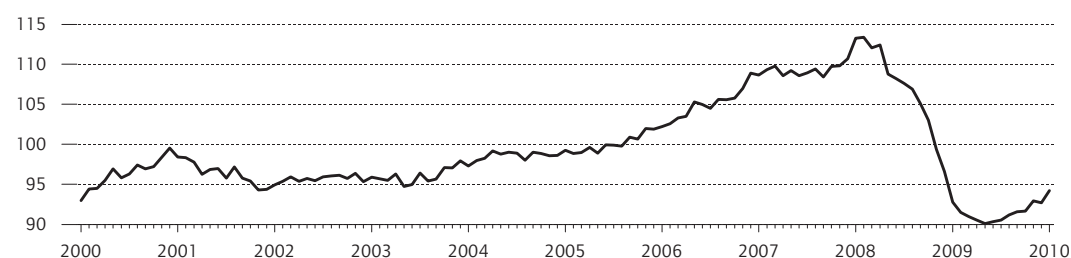
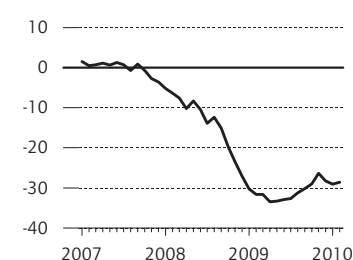
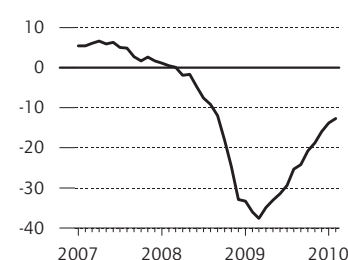
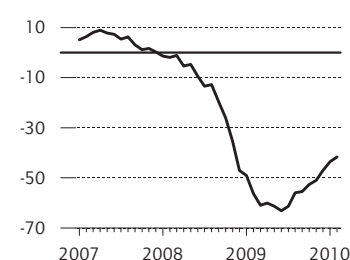
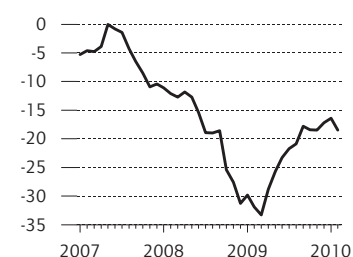
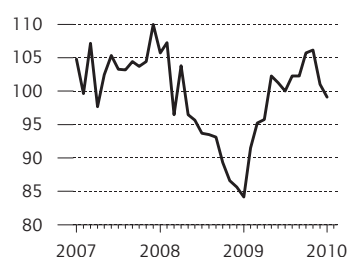
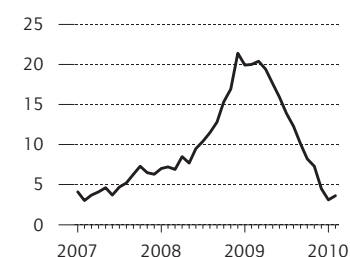
steigen. Insgesamt sind 2010 und 2011 jährliche Zuwachsraten des realen Bruttoinlandsprodukts von gut sieben Prozent zu erwarten. Darin ist eingerechnet, dass die Wirtschaftspolitik allmählich restriktiver wird, zumal sich das Wachstum in der Wirtschaftskrise als sehr robust erwiesen hat. Angesichts einer Inflation der Verbraucherpreise von zehn Prozent sind in naher Zukunft Leitzinserhöhungen der Notenbank zu erwarten. Die öffentlichen Budgetdefizite von sieben Prozent dürften durch eine Konsolidierung auf der Ausgabenseite abgebaut werden.

Euroraum

Nach einem Wachstum von 0,4 Prozent im Herbst 2009 ist das Wachstum der Produktion im Euroraum im vierten Quartal 2009 fast wieder zum Erliegen gekommen. So wurde lediglich ein Zuwachs von 0,1 Prozent realisiert. Die Wachstumsdynamik wurde insbesondere durch den Stillstand in Deutschland und Rückschläge in Italien gedrosselt. Dagegen hat das Bruttoinlandsprodukt in Frankreich mit einer Rate von 0,6 Prozent expandiert. Die Wirtschaft in Spanien ist noch weiter geschrumpft, allerdings hat sich das Tempo deutlich verlangsamt. Die rote Laterne hat derzeit Griechenland, wo die Wirtschaft im vierten Quartal um 0,8 Prozent geschrumpft ist. Der Rückgang des Wachstums im vierten Quartal 2009 ist im Wesentlichen mit Sondereffekten wie dem Auslaufen von nachfragestimulierenden Maßnahmen und dem Lagerzyklus zu erklären.

Zwar deuten die meisten Frühindikatoren wie Stimmungsindikatoren oder die Auftragseingänge in der Industrie auf eine im Schnitt anziehende Konjunktur hin (Abbildung 6). Die Erholung dürfte allerdings nur schwach ausfallen. Die schlechteren Arbeitsmarktperspektiven und damit einhergehende geringe Spielraum für Lohnerhöhungen lassen einen allenfalls bescheidenen Anstieg der privaten Konsumausgaben erwarten. Die stimulierende Wirkung sinkender Inflationsraten, die in der Rezession die Kaufkraft der privaten Haushalte stabilisiert hatten, fällt in Zeiten wieder anziehender Rohstoffpreise als Antriebskraft aus. Die Unternehmen halten sich angesichts der geringen Kapazitätsauslastung mit Investitionen zurück. Auch die Gefahr einer Kreditklemme ist längst noch nicht gebannt. Das Auslaufen der staatlichen Ausgabenprogramme und eine etwaige Konsolidierung der Staatsfinanzen können zwar den Strukturwandel fördern und das Vertrauen bei Unternehmen und Haushalten in die Nachhaltigkeit der wirtschaftlichen Entwicklung verbessern, kurzfristig wird aber das

Abbildung 6

Konjunkturindikatoren im Euroraum**Industrieproduktion****Vertrauensindikator Bau****Vertrauensindikator Industrie****Auftragseingänge****Konsumentenvertrauen****Pkw-Neuzulassungen****Bestand an Fertigprodukten**

Quellen: Datastream; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Im Euroraum geht es sehr langsam wieder bergauf. Die meisten Indikatoren sind noch im Keller. Ein lebhafter Aufschwung sieht anders aus.

Wachstum gedämpft. Angesichts der schwachen konjunkturellen Grundtendenz sind 2010 auch einzelne Quartale mit einer leicht schrumpfenden Aktivität möglich.

Unter diesen Bedingungen sind nachhaltige konjunkturelle Impulse nur vom Außenhandel zu erwarten. Dies gilt vor allem für die exportorientierten Länder, die dann die Rolle der Konjunkturlokomotive für den Euroraum übernehmen könnten. Allerdings zählen die Hauptabnehmerregionen für Ausfuhren aus dem Euroraum (USA, Mittel- und Osteuropa) nicht zu den aktuellen Wachstumszentren der Weltwirtschaft. Insofern besteht das Risiko, dass der weltwirtschaftliche Aufschwung im Euroraum wie beim letzten Mal nur verspätet ankommt. Insgesamt ist 2010 ein Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts von rund einem Prozent zu erwarten, 2011 werden es 1,5 Prozent sein.

Im Zuge der Finanz- und Wirtschaftskrise haben sich die längerfristigen Wachstumsperspektiven im Euroraum deutlich eingetrübt. Darauf deuten zumindest die mit unterschiedlichen Verfahren vorgenommenen Schätzungen hin. Dies erschwert die angestrebte Konsolidierung der Staatsfinanzen, die nicht zuletzt aufgrund der demographischen Entwicklung und der damit verbundenen höheren Belastung der sozialen Sicherungssysteme unabdingbar ist.

In einigen Ländern der Eurozone (insbesondere in Griechenland, aber auch in Spanien, Portugal oder Irland) hat sich die Lage der öffentlichen Haushalte stark zugespitzt, sodass starke Einschnitte bei den Ausgaben und eine strukturelle Verbesserung der Einnahmeseite zwingend erforderlich sind. Insbesondere in Griechenland ist die Situation schwierig. Auf den Kapitalmärkten werden hohe Risikoprämien bei der Emission von

Tabelle 1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Weltwirtschaft

In Prozent

	Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Arbeitslosenquote			
	Veränderung gegenüber dem Vorjahr											
	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011	2008	2009	2010	2011
Euroraum	0,5	−4,0	1,0	1,5	3,2	0,2	1,3	1,6	7,8	9,8	10,7	10,4
Großbritannien	0,5	−5,0	1,0	1,7	3,6	2,2	2,8	1,6	5,7	7,6	8,1	8,3
Mitteleuropa und Balkan	3,0	−4,6	2,1	3,3	7,8	4,2	4,8	3,6	9,6	12,8	13,6	13,1
Russland	5,6	−8,0	2,0	4,0	14,1	11,7	6,7	7,2	7,8	8,4	8,2	7,0
USA	0,4	−2,4	2,5	2,5	3,8	−0,3	1,8	1,8	5,8	9,3	9,6	9,1
Japan	−1,2	−5,2	1,6	1,5	1,4	−1,4	−0,8	−0,3	4,0	5,1	4,8	5,1
China	9,6	8,7	10,0	8,5	5,9	−0,7	2,5	3,0	4,2	4,3	4,2	4,0
Südkorea	2,2	0,1	3,8	3,5	4,7	2,8	3,1	2,6	3,2	3,6	4,2	3,9
Indien	6,1	6,5	7,0	7,0	8,4	10,9	10,2	6,2	9,5	9,2	8,3	7,7
Brasilien	5,1	−0,4	4,7	5,4	5,7	4,9	4,8	4,4	7,9	8,1	7,8	7,7
Mexiko	1,4	−6,5	3,8	3,5	5,1	5,3	4,9	4,4	4,0	5,5	5,0	4,7
Weltwirtschaft	1,9	−1,9	3,0	4,0	5,0	1,6	2,7	2,7	7,6	8,6	8,4	8,1

Quellen: Global Insight; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Die Weltwirtschaft wächst wieder kräftig – aber leider nicht bei uns. China und Indien, aber auch Südkorea, Brasilien und Mexiko treiben die Wachstumsraten in die Höhe. Die Verbraucherpreise steigen nur moderat und die Arbeitslosenquoten sinken.

staatlichen Schuldtiteln verlangt; zuletzt betrug der Zinsunterschied zu vergleichbaren Anleihen der Bundesrepublik mehr als vier Prozentpunkte. Die Probleme sind aber nicht auf den Staatssektor begrenzt: Auch die privaten Finanzinstitute in Griechenland geraten unter Druck, da ihnen die Refinanzierung zunehmend schwerer fällt, und der selbst angeschlagene Staat sie mit Finanzhilfen stützen muss.

Die ökonomische Nachhaltigkeit einer externen Unterstützung Griechenlands, wie jüngst vom EU-Ministerrat beschlossen, wird wesentlich durch die hieran geknüpften Bedingungen bestimmt: Ein klares Bekenntnis der griechischen Regierung zu fiskalischer Disziplin einhergehend mit tiefgreifenden strukturellen Reformen sind in diesem Zusammenhang zwingend erforderlich. Dies gilt zunächst mit Blick auf die europäischen Finanzmärkte, die erheblich an Dynamik verlieren könnten, wenn die Vorstellung entsteht, dass sich die Eurozone zu einer Transferunion zu Lasten ihrer wirtschaftlich starken Länder entwickelt. Ein politischer Paradigmenwechsel liegt jedoch auch im Interesse Griechenlands, da andernfalls der Zugang des Landes zu den Kapitalmärkten auf mittlere Sicht erschwert wäre. Dementsprechend hat die griechische Regierung bereits eine Reduzierung des Staatsdefizits im Haushalt 2010 um vier Prozentpunkte auf 8,7 Prozent angekündigt, sowie eine Reform der Rentenversicherung in Angriff

genommen. Allerdings: Die hohe Staatsverschuldung spiegelt letztlich nur die unzureichende Wettbewerbsfähigkeit eines Landes wieder, das jahrelang über seine Verhältnisse gelebt hat. Eine Verbesserung dieser Situation kann nur von Griechenland selbst erbracht werden. Forderungen, wie sie in jüngster Zeit gegenüber der Bundesrepublik erhoben wurden, bei der Entwicklung der Wettbewerbsfähigkeit zurückzustecken, sind – jedenfalls was Griechenland anbelangt – fehl am Platz, da der Wirtschaftsaustausch zwischen Deutschland und Griechenland vor allem komplementärer Natur war und ist.

Mittelfristig sind die Euro-Länder vor die Herausforderung gestellt, vergleichbare Krisen durch geeignete Maßnahmen zu verhindern. Die Wiederbelebung des Stabilitäts- und Wachstumspakts mit glaubwürdigen Sanktionsmaßnahmen im Falle des Regelverstosses sowie ein Abbau der massiven Leistungsbilanzungleichgewichte in der Währungsunion sind in diesem Zusammenhang zentrale Stellschrauben.

Vereinigtes Königreich

In Großbritannien war der kräftige Absturz der Produktion vor allem auf den Verfall der Immobilienpreise zurückzuführen, der die Konsumausgaben und Investitionen in den Wohnungsbau deutlich reduziert hat. Die private Verschuldung

hat sich enorm erhöht, und viele Haushalte können ihr Ausgabeverhalten nicht mehr über neue Kredite finanzieren. Darüber hinaus hat sich die Wirtschaftskrise in rückläufigen Exporten bemerkbar gemacht. Infolge unsicherer Absatzaussichten, schrumpfender Gewinne und schwierigerer Finanzierungsbedingungen sind auch die Ausrüstungsinvestitionen der Unternehmen eingebrochen. Sie liegen derzeit 30 Prozent unter dem Vorkrisenniveau. Die Beschäftigung ist in der Rezession deutlich abgebaut worden, gegenwärtig sind fast acht Prozent der Erwerbspersonen arbeitslos.

Inzwischen hat sich die Produktion stabilisiert. Die Frühindikatoren deuten auf eine Besserung der Konjunktur hin. So ist zum Beispiel das Industrievertrauen in den letzten Monaten gestiegen, und auch die Auftragseingänge weisen nach oben. Die weitere Entwicklung wird vor allem vom moderaten weltwirtschaftlichen Aufschwung geprägt, der zusammen mit der Pfundschwäche die Exporte stimulieren wird. Die Erholung dürfte im Prognosezeitraum jedoch nicht allzu stark vorankommen. Vor allen Dingen wird die Finanzpolitik nach den Wahlen von ihrem bisher expansiven Kurs ablassen müssen. Daneben belasten die Wiederanhebung der Mehrwertsteuer von 15 auf 17,5 Prozent im Januar 2010 und das Auslaufen der Abwrackprämie für Kraftfahrzeuge das konjunkturelle Geschehen. Alles in allem dürfte die Produktion 2010 um gut ein Prozent expandieren, 2011 werden es 1,7 Prozent sein. Damit entwickelt sich die Wirtschaftsleistung in Großbritannien trotz der schweren Immobilienkrise etwas günstiger als im Euroraum. Die Inflation der Verbraucherpreise liegt momentan bei drei Prozent und damit über den Zielvorstellungen der Bank of England. Die Entwicklung ist allerdings durch temporär wirkende Faktoren überzeichnet. Dazu zählen unter anderem die Anhebung der Mehrwertsteuer und das Auslaufen von Rabattaktionen im Nachweihnachtsgeschäft. Angesichts niedriger Kapazitätsauslastung und einer schwachen Lohnentwicklung dürfte die Inflation in den nächsten Monaten wieder sinken.

Mittel- und Osteuropa

Mit Exportquoten von im Schnitt mehr als 75 Prozent wurden die Länder in Mittel- und Osteuropa relativ hart von der Wirtschaftskrise getroffen. Eine besondere Rolle kommt dabei der Rezession im Euroraum zu, zu dem intensive Handelsbeziehungen bestehen. Mehr als die Hälfte der Exporte der Region werden in den Ländern der Währungsunion abgesetzt, wobei der Löwenanteil auf Deutschland entfällt. Der Einbruch auf

den Exportmärkten hat die ohnehin bestehenden Leistungsbilanzdefizite weiter verstärkt. Die Kapitalzuflüsse privater Investoren sind angesichts steigender Risikoprämien reduziert worden. Die Kreditvergabestandards der vorwiegend westeuropäisch dominierten Banken haben angezogen, und die Verschuldung von Unternehmen und Haushalten hat sich deutlich erhöht. Im Zuge dieser Entwicklung hat auch die Binnennachfrage abgenommen. Dies gilt sowohl für die Unternehmensinvestitionen als auch für die privaten Konsumausgaben, die nicht zuletzt wegen der steigenden Arbeitslosigkeit geschrumpft sind. Daneben wirken sich die mit der Konsolidierung der öffentlichen Haushalte anstehenden Kürzungen im Bereich der sozialen Sicherung negativ auf den Konsum aus. Da die EU-Staaten in Mittel- und Osteuropa eine baldige Mitgliedschaft im Euroraum anstreben, ist der Spielraum für unterstützende fiskalische Maßnahmen eng begrenzt.

Innerhalb der Region bestehen erhebliche Unterschiede. Während die Rezession in den Ländern des Baltikums wegen der dortigen Immobilienkrise besonders tief ist, ist das reale Bruttoinlandsprodukt in Polen 2009 sogar leicht gestiegen. Das Land hat insbesondere von einer relativ geringen Auslandsabhängigkeit und einer weniger drückenden Auslandsverschuldung profitiert. 2010 werden fast alle Länder der Region die Rezession überwinden. Allerdings dürften die zwei Prozent Zuwachs der Produktion in Polen eher die Obergrenze der Entwicklung für die neuen EU-Länder markieren. Auch 2011 bleiben die Perspektiven aufwärts gerichtet. Angesichts der nur verhaltenen Aussichten der Konjunktur im Euroraum ist jedoch nicht mit einer starken Beschleunigung des Wachstums zu rechnen.

GUS-Staaten

Die Entwicklung in den GUS-Staaten wird von Russland dominiert, das 75 Prozent der regionalen Wertschöpfung beisteuert. Russland ist wegen des Verfalls bei den Rohstoffpreisen 2009 und einer Abnahme der Kapitalzuflüsse internationaler Anleger in die Rezession geraten. Die Bereitschaft internationaler Anleger, in die Region zu investieren, hat deutlich nachgelassen, und Banken haben die Kreditvergabe für Unternehmen und Haushalte massiv eingeschränkt. Im Zuge einer sinkenden Export-, Konsum- und Investitionsnachfrage ist die Wirtschaft 2009 um acht Prozent geschrumpft. Seit Herbst 2009 ist eine gewisse Stabilisierung auf niedrigem Niveau auszumachen. Der Rubel, der gegenüber dem US-Dollar trotz der Interventionen der Zentralbank anfangs um 30 Prozent eingebrochen war,

hat aufgrund wieder anziehender Energiepreise etwas Boden gutgemacht. Auch deshalb ist die Inflation, die zwischenzeitlich Werte von über zehn Prozent erreichte, aktuell etwas gesunken. Insgesamt kann im weiteren Verlauf allerdings nicht von einer nachhaltigen Erholung der Wirtschaft ausgegangen werden. Die Produktion wird 2010 um rund zwei Prozent wachsen, 2011 sollten

es aufgrund einer festeren weltwirtschaftlichen Konjunktur knapp vier Prozent sein. Einmal mehr macht sich die einseitige Abhängigkeit von den Rohstoffmärkten negativ bemerkbar. Reformen, die auf eine Stimulierung des Investitionsgeschehens setzen, bleiben die zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen in den nächsten Jahren.

Deutschland: Die Aussichten sind gut, abgesehen vom Staatsdefizit

Die deutsche Wirtschaft konnte sich in den letzten Quartalen etwas erholen. Zwar stagniert die Produktion im Winter überraschenderweise nur. Dies ist jedoch nicht als Umkehr der konjunkturellen Grundtendenz anzusehen. So ging der Entwicklung eine starke Expansion der Wirtschaftsleistung im Herbst voraus. Darüber hinaus ist das konjunkturelle Geschehen gegenwärtig von Sondereffekten überlagert, die im Zuge der Konjunkturprogramme und des Lagerzyklus entstanden sind. Im weiteren Verlauf dürfte man auf einen moderaten Expansionskurs mit Quartalszuwächsen in der Größenordnung von 0,2 bis 0,4 Prozent einschwenken. Daher wird das reale Bruttoinlandsprodukt 2010 um 1,7 Prozent höher sein als im Vorjahr, 2011 dürften es 1,8 Prozent sein (Tabelle 2 und Abbildung 7). Dabei ist zu beachten, dass das Wachstum 2010 erheblich von einem statistischen Überhang gespeist wird. Die Festigung der konjunkturellen Dynamik 2011 fällt also etwas stärker aus, als dies der Vergleich der beiden Wachstumsraten nahelegen würde.

Wie bereits in vergangenen Phasen wird Deutschland von einem Aufschwung in der Weltwirtschaft profitieren. Das ist insbesondere 2010 der Fall. Zwei Drittel des Wachstums kommen aus der Verbesserung des Außenbeitrags. Dagegen wird das Wachstum 2011 von der inländischen Nachfrage gespeist.

Außenhandel

Im vierten Quartal 2009 konnten die Exporte um acht Prozent gegenüber dem Vorquartal zulegen. Dies überzeichnet jedoch die tatsächliche Dynamik. Saison- und kalenderbereinigt ergibt sich ein Zuwachs von drei Prozent. Im Januar sind die Exporte um sechs Prozent gegenüber dem Vormonat gesunken. Dies konnte im Februar zum guten Teil wieder aufgeholt werden. Allerdings ist bis jetzt keine nachhaltige Aufwärtsbewegung eingetreten.

Dennoch ist im weiteren Verlauf eine leichte Belebung zu erwarten, die vor allem durch das wieder erstarkte Wachstum in den Schwellenländern und die leichte Abwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar in den letzten Monaten angetrieben wird. Im Geschäft mit Asien und Lateinamerika können auf das Jahr gerechnet zweistellige Zuwachsraten erwartet werden. Belastend wirkt jedoch die anhaltende Investitionszurückhaltung in Europa. Die Ausfuhren in den Europäischen Wirtschaftsraum, die knapp 70 Prozent der deutschen Exporte ausmachen, werden voraussichtlich nur um drei Prozent steigen. Eine Erholung der Weltkonjunktur wird erst dann nachhaltige Impulse für die deutsche Exportwirtschaft setzen, wenn auch die europäischen Abnehmerländer von ihr ergriffen werden. Insgesamt wird für

Tabelle 2

Eckdaten zur Wirtschaftsentwicklung in Deutschland

	2006	2007	2008	2009	2010	2011
Reales Bruttoinlandsprodukt ¹ (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	3,2	2,5	1,3	-5,0	1,7	1,8
Erwerbstätige im Inland (1 000 Personen)	39 075	39 724	40 279	40 265	40 264	40 331
Arbeitslose, BA (1 000 Personen)	4 487	3 777	3 268	3 423	3 414	3 349
Verbraucherpreisindex (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	1,6	2,3	2,6	0,3	0,9	1,3
Lohnstückkosten ² (Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)	-1,5	0,2	2,2	5,2	-1,0	-0,6
Finanzierungssaldo des Staates ³						
In Milliarden Euro	-38,1	4,7	1,0	-79,3	-145,9	-120,7
In Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts	-1,6	0,2	0,0	-3,3	-5,9	-4,7
Leistungsbilanzsaldo (in Prozent des nominalen Bruttoinlandsprodukts)	5,7	7,1	6,2	4,6	6,4	6,2

¹ In Preisen des Vorjahres.

² Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt in Preisen des Vorjahres je Erwerbstätigen.

³ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (ESVG).

Quellen: Angaben nationaler und internationaler Institutionen;
Berechnungen des DIW Berlin, 2010 bis 2011: Prognose des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

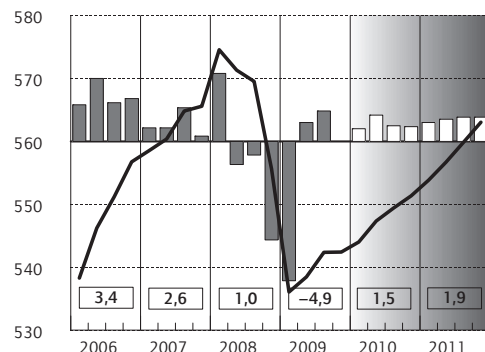
Die Wirtschaft wächst wieder. Arbeitsmarkt und Preise bleiben bis Ende 2011 stabil. Das Staatsdefizit ist jedoch erschreckend hoch und wird es ohne einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen auch bleiben.

Abbildung 7

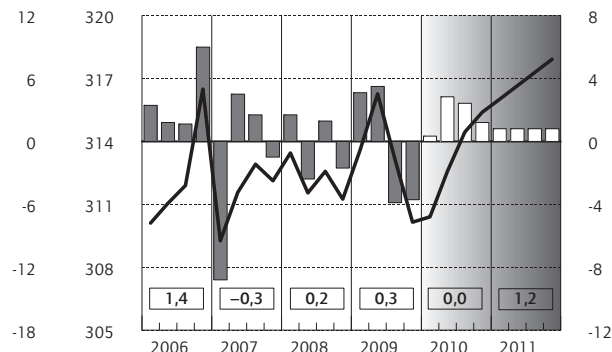
Bruttoinlandsprodukt und wichtige Komponenten

Saison- und arbeitstäglich bereinigter Verlauf

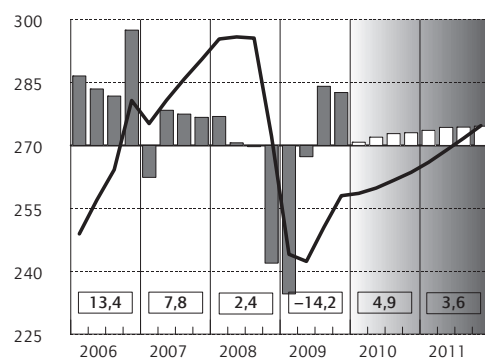
Bruttoinlandsprodukt



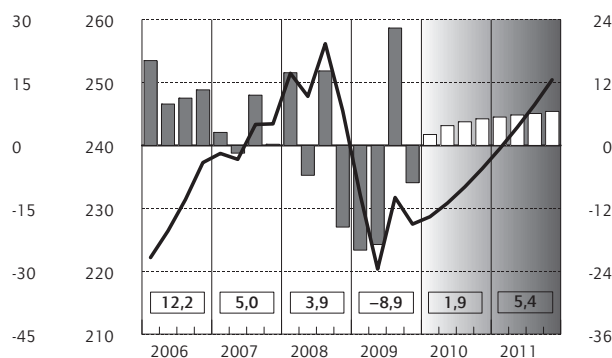
Konsumausgaben der privaten Haushalte



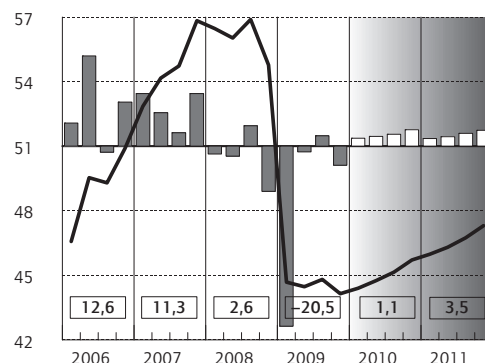
Exporte



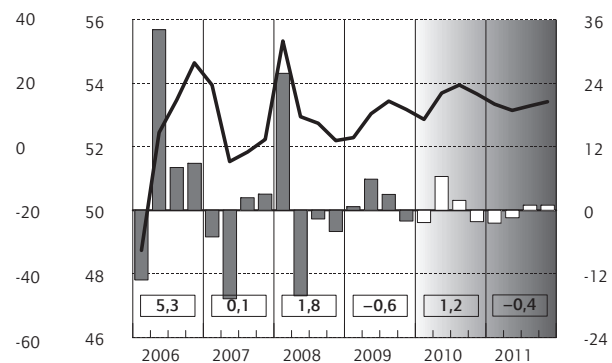
Importe



Ausrüstungsinvestitionen



Bauinvestitionen



— Verkettete Volumenangaben in Milliarden Euro (linke Skala)
 ■ Veränderung gegenüber dem Vorquartal¹ in Prozent (rechte Skala)
 ■ Kalenderbereinigte Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent

¹ Auf Jahresraten hochgerechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Das Vorkrisenniveau wird bis Ende 2011 nicht erreicht. Vor allem Exporte und Ausrüstungsinvestitionen kommen nicht in Fahrt, weil sich unsere wichtigsten Handelspartner nur langsam erholen.

das Jahr 2010 eine reale Zuwachsrates der Exportleistung von gut fünf Prozent prognostiziert. Darin ist allerdings ein signifikanter Überhang enthalten.

Die Importe werden bei nur leicht steigenden Rohstoffpreisen mit einem Wachstum von 2,5 Prozent veranschlagt. Im Jahr 2011 setzt sich der Zuwachs unvermindert fort. Das Auslaufen der internatio-

nenalen Konjunkturprogramme wird dann durch eine allmählich anziehende private Investitionsnachfrage im Ausland kompensiert. Für die deutschen Exporte wird dies unter dem Strich einen Zuwachs von knapp 3,5 Prozent bedeuten. Bei den Importen wird für 2011 ein Wachstum von fünf Prozent prognostiziert.

Investitionen

Nach dem Zwischenhoch zur Jahresmitte 2009 waren die Anlageinvestitionen zuletzt wieder rückläufig. Saisonbereinigt sanken sie im vierten Quartal 2009 um gut ein halbes Prozent gegenüber dem Vorquartal. Dabei war das Geschehen des Jahres 2009 jedoch von Sondereffekten wie den nachfragestimulierenden Maßnahmen überlagert. Im Gesamtjahr 2009 lagen die Investitionen knapp neun Prozent unter dem Vorjahreswert; dies ist fast vollständig auf den Einbruch bei den Ausrüstungsinvestitionen (–20 Prozent) zurückzuführen. Die Bauinvestitionen konnten dagegen auch wegen der Konjunkturprogramme und des niedrigen Zinsniveaus auf dem Stand des Vorjahres gehalten werden.

Seit der Jahreswende scheint sich die Investitionsstarre allmählich zu lösen. So kommen die Auftragseingänge für Ausrüstungen vor allem aus dem Inland. Die Bestellungen werden vor allem in Industriezweigen getätigt, die der konjunkturellen Entwicklung in der Regel vorauslaufen (Chemische Industrie) oder auf Strukturkrisen reagieren (Automobilsektor). Im weiteren Verlauf werden die zum Jahresende auslaufenden degressiven Abschreibungsmöglichkeiten zu Vorzieheffekten führen. Insgesamt bleibt die Dynamik bei den Ausrüstungen angesichts vielfach noch unterausgelasteter Kapazitäten schwach. Dies gilt beispielsweise für den Maschinenbau und andere Investitionsgüterbranchen.

Bei den Bauinvestitionen ist 2010 mit einem positiven Verlauf zu rechnen. Für das Gesamtjahr wird eine Wachstumsrate von 1,3 Prozent erwartet. Stützend wirken insbesondere die Konjunkturpakete, die in diesem Jahr ihre volle Wirkung entfalten. Allerdings sind wegen der vielerorts hohen Auslastung der Baukapazitäten starke Preissteigerungen zu erwarten. 2011 dürften die Bauinvestitionen um 0,7 Prozent schrumpfen.

Privater Verbrauch

2010 profitieren die privaten Haushalte weiterhin von der expansiven Fiskalpolitik. Neben der Abzugsfähigkeit der Krankenkassen- und Pflege-

versicherungsbeiträge wurden sowohl das Kindergeld als auch der Kinderfreibetrag im Rahmen des Wachstumsbeschleunigungsgesetzes seit Jahresbeginn deutlich angehoben. Mit einem Gesamtvolumen von knapp fünf Milliarden Euro erreichen die Entlastungsmaßnahmen für Familien die Größenordnung der Abwrackprämie, die im Herbst 2009 ausgelaufen ist. Darüber hinaus verhindert die stabile Lage am Arbeitsmarkt einen Einbruch des privaten Konsums. Trotz des markanten Produktionsrückgangs im letzten Jahr haben die Unternehmen dank Kurzarbeitsregelung und Arbeitszeitkonten weitgehend an ihren Stammebelegschaften festgehalten, sodass es nur zu einem moderaten Beschäftigungsabbau kam. Auch für 2010 und 2011 dürfte die Erwerbstätigenzahl in etwa gleich bleiben. Die positiven Geschäftserwartungen in der Zeitarbeitsbranche – ein Frühindikator für die künftige Beschäftigungsentwicklung – deuten darauf hin, dass die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt bereits durchschritten sein könnte. Dazu passt, dass sich die Stimmung der Konsumenten hinsichtlich der Einkommens- und Konjunkturerwartungen nicht weiter eingetrübt hat; dies bestätigt auch der GfK-Konsumklimaindex. Jedoch ist die Neigung zur Anschaffung langlebiger Konsumgüter etwas gesunken. Auch das ifo-Geschäftsklima für den Einzelhandel hat sich nach seinem vorherigen witterungsbedingten Einbruch erholt.

Obwohl sich die Lage am Arbeitsmarkt zunehmend zu stabilisieren scheint, bleibt die Arbeitsplatzunsicherheit für viele Beschäftigte weiterhin hoch, was die Bereitschaft für zusätzliche Konsumausgaben hemmt. Infolge der niedrigen Lohnabschlüsse in der Metallindustrie und im öffentlichen Dienst, des nur geringen Anstiegs der Arbeitszeit pro Arbeitnehmer und einer stagnierenden Beschäftigung werden die Bruttolöhne 2010 nur um 0,5 Prozent zulegen, 2011 dürfte es gut ein Prozent sein. Die Renten werden im laufenden Jahr durch die Rentengarantie zwar nicht sinken, wohl aber auf dem derzeitigen Niveau verharren. Das verfügbare Einkommen wird somit vor allem durch die Steigerung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen stimuliert. Bei moderaten Teuerungsraten von rund einem Prozent nimmt die Kaufkraft der Konsumenten leicht zu.

Die privaten Haushalte sind auch durch die aktuelle Verschuldungsproblematik in Griechenland und im Euroraum insgesamt verunsichert, was sich in einer verstärkten Sparneigung widerspiegelt. Darüber hinaus kommt der Anstieg bei den Gewinn- und Vermögenseinkommen vor allem den vermögenden Haushalten zugute, die einen höheren Anteil ihres Einkommens zurücklegen.

Kasten 2

Globale Liquidität, Vermögenspreise und langfristig höhere Inflation

In den letzten Jahren ist die Liquidität (Geldmenge) in den meisten Industrieländern und vielen Schwellenländern relativ zum Bruttoinlandsprodukt massiv ausgedehnt worden. Gleichzeitig hat die Inflation der Konsumentenpreise kaum zugelegt, während viele Länder Preisbooms auf einzelnen Vermögensmärkten erlebten, insbesondere bei Immobilien.

Empirische Analysen etwa auf Basis der OECD-Länder machen deutlich, dass eine gedämpfte Verbraucherpreisinflation mit hohem Geldmengenwachstum einhergehen kann. Ausgangspunkt dieser Überlegung ist, dass Konsumgüter- und Vermögenspreise unterschiedlich schnell und stark auf monetäre Impulse reagieren. Während auf Gütermärkten Angebot und Nachfrage durch Mengenanpassungen relativ schnell zum Ausgleich gebracht werden können, ist auf den Vermögensmärkten der Preis die entscheidende Anpassungsgröße, sodass sich monetäre Impulse hier eher bemerkbar machen. Tatsächlich weisen monetäre Aggregate einen signifikanten Vorlauf insbesondere in Bezug auf Immobilienpreise und erst mit einiger Verzögerung für die Konsum-

umentenpreisinflation auf. Die Übertragungseffekte von Häuserpreisen zu den Konsumentenpreisen gelten als statistisch gesichert, sodass eine stabilitätsorientierte Geldpolitik auch Entwicklungen auf den Vermögensmärkten in ihre Analyse mit einbeziehen sollte.

Notenbanken sollten die unterschiedlichen Verzögerungen bei der Übertragung von Änderungen der Liquidität auf verschiedene Preiskategorien berücksichtigen. Ein ausgeprägtes Geldmengenwachstum ist ein Indikator für zukünftige Preissteigerungen auf Vermögensmärkten und im weiteren Zeitablauf auch für Konsumentenpreiserhöhungen. Die krisenbedingt bereits aufgeblasene Liquidität dürfte sich nach einiger Zeit in die inflationsrelevante Geldmenge M3 umwandeln. Dabei ist auch die im Ausland entstandene Liquidität zu beachten. Nach dem Höhepunkt der Finanzkrise sind Notenbanken gut beraten, zur Abschätzung der künftigen Inflationsgefahren und zur Vermeidung von Instabilität auf den Finanzmärkten nicht nur auf die Verbraucherpreise zu schauen, sondern auch Vermögenspreise zu beachten.

Daher dürfte die Sparquote 2010 auf ungefähr zwölf Prozent steigen. 2011 ist infolge der günstigeren konjunkturellen Aussichten mit einem leichten Rückgang zu rechnen.

Alles in allem bleibt die Konsumdynamik 2010 aufgrund der verhaltenen Einkommensentwicklung schwach. Erst 2011 ist wieder mit einem deutlicheren Zuwachs von etwa einem Prozent zu rechnen.

Verbraucherpreise

Nachdem die Kaufkraft der Verbraucher 2009 durch eine niedrige Inflationsrate von 0,4 Prozent gestützt wurde, sind seit Jahresbeginn wieder leicht anziehende Teuerungsraten zu beobachten. Gegenüber dem Vormonat haben sich die Verbraucherpreise in Deutschland im Februar 2010 um 0,4 und im März um 0,5 Prozent verteuert. Der Preisanstieg war dabei zu Beginn des Jahres vor allem auf einen Anstieg der Energie- und Lebensmittelpreise zurückzuführen. Im März verteuerten sich Heizöl und Kraftstoffe besonders deutlich.

Trotzdem bleibt der Inflationsdruck mit Raten um ein Prozent 2010 und 2011 schwach. Dafür

sind vor allem die niedrige Kapazitätsauslastung und geringe Lohnsteigerungen verantwortlich. Preistreibende Effekte sind dagegen von den Energie- und Rohstoffmärkten zu erwarten, wobei die Preissteigerungen auch durch die Abwertung des Euro importiert werden. Hinzu kommt die durch administrative Eingriffe hervorgerufene Teuerung, etwa bei Strom durch regenerative Energien.

Infolge der zögerlichen wirtschaftlichen Dynamik im Euroraum sowie der moderaten Preisentwicklung gehen von der anhaltend hohen Liquiditätsversorgung durch die EZB derzeit keine Inflationsrisiken aus. Auch das weiterhin geringe Wachstum der Geldmenge M3 sowie der Kredite deutet auf einen nur verhaltenen Preisauftrieb hin. Ein zu später Ausstieg aus der lockeren Geldpolitik würde aber mittelfristig das Risiko einer Vermögenspreisinflation bergen und könnte damit langfristig auch die Konsumentenpreise treiben (Kasten 2). Die Inflationserwartungen sind derzeit noch mit dem Inflationsziel der EZB von knapp zwei Prozent im Einklang. Ohne überzeugende Konsolidierungspläne könnte die Ausweitung der Staatsverschuldung allerdings zu einem Anziehen der Inflationserwartungen führen und damit Leitzinserhöhungen erforderlich machen.

Arbeitsmarkt

Der massive Rückgang der Wirtschaftsleistung 2009 hat sich viel weniger als befürchtet auf die Entwicklung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit ausgewirkt. Auch die Erwartung, dass sich der Produktionseinbruch erst mit einem größeren Zeitverzug mit Wucht auf dem Arbeitsmarkt niederschlägt, hat sich nicht erfüllt.

Zu einem kräftigen Rückgang bei der Zahl der Erwerbstätigen kam es saisonbereinigt nur bis Mitte 2009. Das gilt auch für die Entwicklung bei den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Zwar wurde der Beschäftigungsabbau erheblich durch die Ausweitung der Kurzarbeit begrenzt, doch hatte diese ihren Höhepunkt bereits im April 2009 erreicht. Seitdem sinkt die Kurzarbeit – sowohl was die Zahl der Kurzarbeiter als auch was die Arbeitsausfälle anbelangt. Ihr Abbau mag dazu beigetragen haben, dass die Zahl der Erwerbstätigen bis zum Herbst nochmals leicht nachgab. Konjunkturrell überhaupt nicht beeinflusst wurde die Entwicklung der geringfügigen Beschäftigung. Hier setzte sich der Trend einer sehr verhaltenen Zunahme fort.

Auch die Arbeitslosigkeit hat nur bis Mitte 2009 deutlich zugenommen. Dabei ist allerdings zu berücksichtigen, dass die gesetzliche Regelung wirksam wurde, dass Erwerbslose, die über Privatagenturen in eine Beschäftigung vermittelt werden sollen, nicht mehr als Arbeitslose gezählt werden. Dadurch zeigte die Arbeitslosenstatistik eine bessere Entwicklung der Unterbeschäftigung, als dies tatsächlich der Fall war. Ohne diesen Sondereffekt wäre die Zahl der registrierten Arbeitslosen bis Ende 2009 gestiegen, wobei die Zunahme immer schwächer wurde. Jedoch gilt auch, dass seit Herbst 2009 die Zahl der Teilnehmer an arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen sinkt und sich die Tendenz zur Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials fortgesetzt hat.

Derzeit spricht alles dafür, dass die Talsohle auf dem Arbeitsmarkt bereits durchschritten ist. Bei den Erwerbstätigen hat sich die Entwicklung stabilisiert und es scheint – wenn auch nur sehr leicht – bergauf zu gehen. Dabei ist auch zu berücksichtigen, dass in diesem Winter die Produktion witterungsbedingt außergewöhnlich stark beeinträchtigt wurde, was mit den einschlägigen Saisonbereinigungsverfahren nicht voll erfasst werden kann. Zwar ist die Kurzarbeit noch hoch – aber weit von ihrem Spitzenwert entfernt. Im Dezember, dem Monat, für den es die aktuellsten Daten gibt, belief sich die Zahl der Kurzarbeiter umgerechnet auf Vollzeitäquivalente auf 240 000, wobei ein Teil auf die saisonal bedingte

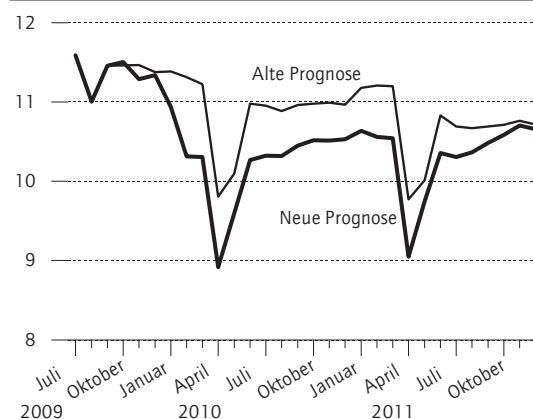
Kurzarbeit im Winter entfallen dürfte; im April 2009 war die Zahl noch genau doppelt so hoch. Die Anmeldedaten signalisieren einen weiteren Rückgang. Spiegelbildlich dazu hat sich in den letzten Monaten die Arbeitslosigkeit entwickelt. Inzwischen hat der Sondereffekt, der noch 2009 die Arbeitslosigkeit verzerrt hat, keinen Einfluss mehr.

2010 und 2011 wird sich die Beschäftigung weiter von der Talsohle entfernen. Ein wesentlicher Grund für die günstige Arbeitsmarktentwicklung liegt darin, dass die Krise in Deutschland sektoral stark begrenzt war. Im Wesentlichen wurde die Exportindustrie getroffen sowie einige mit ihr in der Wertschöpfungskette verbundene Branchen. Dazu zählen Teile der produktionsnahen Dienste (insbesondere die Arbeitnehmerüberlassung), Segmente des Transportgewerbes und des Handels (insbesondere der Außenhandel). Hier sind die Produktionskapazitäten noch unterausgelastet, sodass generell an Neuanstellungen nicht zu denken ist. Entlassungen in größerer Zahl dürfte es aber auch nicht geben. Dafür spricht, dass zahlreiche Unternehmen bisher ihr Personal vor allem deshalb gehalten haben, um bei einer sich abzeichnenden Besserung der Lage nicht dadurch ins Hintertreffen zu geraten, weil ihnen die Fachkräfte fehlen. Zudem wurde für den Metallbereich, der die Exportindustrie zum großen Teil umfasst, jüngst ein Tarifvertrag beschlossen, bei dem eine Beschäftigungssicherung bei einem gleichzeitigen Verzicht auf Lohnanhebungen vereinbart wurde. Einige Frühindikatoren deuten zu-

Abbildung 8

Prognose des monatlichen Lohnsteueraufkommens

In Milliarden Euro



Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Eine halbe bis eine ganze Milliarde Euro im Monat wird der Staat weniger einnehmen als noch vor einem halben Jahr angenommen.

Kasten 3

Was erklärt den Anstieg der Zinsspreads auf europäische Staatsanleihen während der Finanzkrise?

Seit September 2008, als die Finanzkrise mit dem Zusammenbruch der US-Bank Lehman Brothers ihren Höhepunkt erreicht hatte, beobachtet man bei europäischen Staatsanleihen einen steilen Anstieg der Zinsspreads zu Anleihen aus als sicher erachteten Ländern wie Deutschland oder den USA (Abbildung).¹ Während die Zinsspreads früher kaum mehr als 50 Basispunkte ausmachten, müssen die europäischen Länder seit Ende 2008 erhebliche Zinsaufschläge von bis zu 350 Basispunkten in Kauf nehmen.

Einige Beobachter argumentieren, dass das Auseinanderdriften von Zinsen auf europäische Staatsanleihen weniger auf eine akute Abnahme der Kreditwürdigkeit einzelner Länder zurückzuführen ist, sondern hauptsächlich auf einer Zunahme der Risikoaversion von Investoren beruht.² Demnach ziehen Investoren ihr Geld aus vermeintlich riskanteren Anlagen ab und investieren stattdessen bevorzugt in sicherere Wertpapiere (*safe-haven*-Motiv). Profiteure dieser Entwicklung sind vor allem Deutschland und die USA, während die anderen Länder quasi unverschuldet unter einer höheren Zinsbelastung leiden und ihnen dadurch finanzpolitischer Spielraum genommen wird. Daraus wurde die Forderung nach korrigierenden Maßnahmen abgeleitet, die die betroffenen europäischen Regierungen entlasten, etwa eine Emission europäischer Anleihen oder der Kauf von hochverzinsten Wertpapieren einiger EU-Staaten, um deren Zins zu senken.

Eine alternative Erklärung für den Anstieg der Zinsspreads ist, dass Investoren von Ländern mit hoher Staatsverschuldung eine höhere Risikoprämie verlangen. In diesem Fall wirkt sich die steigende Zinsbelastung disziplinierend auf die Fiskalpolitik der jeweiligen Regierungen aus. Dass Länder wie Irland oder Griechen-

land zurzeit also einen erheblich höheren Zins auf ihre Staatsschuld zahlen müssen, wäre nach dieser Erklärung ein wichtiges Instrument, um diese Länder zu mehr Haushaltsdisziplin zu motivieren. Ein bewusstes Eingreifen der Wirtschaftspolitik in diesen Mechanismus würde dieses Instrument außer Kraft setzen. Davon wäre in diesem Fall entschieden abzuraten.

Zum Einfluss der Finanzkrise auf die einzelnen Komponenten der Zinsspreads gibt es bisher nur wenige Studien.³ Im Folgenden werden die Zinsspreads mit Variablen erklärt, anhand derer man das Ausfallrisiko eines Landes, die Liquidität seines Bondmarktes und die allgemeine Risikoaversion an Finanzmärkten messen kann. Um zu prüfen, ob sich die Risikobeurteilung seit Einführung des Euro oder mit Ausbruch der Finanzkrise verändert hat, werden entsprechende Dummies einbezogen.

Das Ergebnis der Analyse zeigt, dass Zinsspreads sowohl durch länderspezifische Faktoren, wie die Fiskalsituation eines Landes und die Liquidität seines Bondmarktes, als auch durch länderübergreifende Faktoren, wie generelle Risikoaversion beeinflusst werden (Tabelle). Die Zinsbelastung eines Landes steigt mit der Staatsverschuldung und mit dem Defizit. Vor Beginn der EWU ließen sich Zinsunterschiede zwischen europäischen Ländern außerdem durch Liquiditätsprämien erklären. Danach hatten Länder mit größeren Bondmärkten einen Zinsvorteil. Mit Einführung der Europäischen Währungsunion verringern sich Zinsspreads aufgrund geringerer Ausfall- und Liquiditätsrisikoprämien. Des Weiteren zeigt sich, dass Zinsspreads auf dollarnominierte Staatsanleihen der EU-Länder signifikant mit steigender Risikoaversion ansteigen. US-Staatsanleihen genießen also einen Zinsvorteil, wenn die allgemeine Risikobereitschaft auf den Finanzmärkten abnimmt. Diese Ergebnisse bestätigen

¹ Die Konzentration auf ausschließlich DM/Euro oder US-Dollar nominierte Staatsanleihen bedeutet, dass die beobachteten Zinsunterschiede frei von Wechselkurserwartungen sind und somit ausschließlich Ausfall- und Liquiditätsrisikoprämien widerspiegeln. Bei DM/Euro nominierten Staatsanleihen berechnet sich der Zinsspread relativ zu einer vergleichbaren deutschen Anleihe, bei den US-Dollar nominierten Bonds dient eine vergleichbare US-Dollar-Anleihe als Benchmark.

² De Grauwe, P.: Why Should We Believe the Market this Time? *VoxEU.org*, 7. Februar 2009.

³ Die einzigen Studien, die uns bekannt sind und dieser Frage nachgehen sind Attinasi, Checherita, Nickel: What Explains the Surge in Euro Area Sovereign Spreads During the Financial Crisis of 2007-09? ECB Working Paper 1131, 2009; Schuknecht, von Hagen, Wolswijk: Government Bond Risk Premiums in the EU Revisited: The Impact of the Financial Crisis. CEPR Discussion Paper No. 7499, 2009; Sgherri, S., Zoli, E.: Euro-area Sovereign Risk During the Crisis. IMF Working Paper WP/09/222, 2009.

dem darauf hin, dass sich bei der Auftragslage der Industrie ein Ende der Durststrecke abzeichnet. Ein kräftiger Aufschwung bei der Beschäftigung zeichnet sich aber freilich noch nicht ab.

Anders als in anderen Ländern, insbesondere solchen, in denen eine Immobilienblase platzte, haben in Deutschland Sektoren, deren Entwicklung

vom privaten Konsum abhängt, insgesamt keine Produktionseinbußen erlitten. Dazu trugen auch staatliche Maßnahmen zur Konjunkturstützung bei. Weil die verfügbaren Einkommen nur geringfügig wachsen werden, wird sich hier die Beschäftigung kaum aufbauen. Es dürfte aber wohl auch nicht zu einem Rückgang der Beschäftigung in diesem Bereich kommen, da die Zuwächse bei der

Tabelle

Determinanten von Zinsspreads

Variable	A	B
Schulden/BIP	0,276	
Defizit/BIP		5,004
Liquidität	-0,010	-0,011
BBB Spread	3,582	-3,102
BBB Spread*US	6,571	19,519
Laufzeit	0,691	0,542
US 3-Monatszins	1,480	1,553
US-Dollar	10,399	-18,184
Konstante	1,585	10,564
EWU Effekt		
Schulden/BIP	-0,102	
Defizit/BIP		-2,513
Liquidität	0,010	0,011
EWU-Dummy	-10,732	-24,981
Krisen Effekt (nach September 2008)		
Schulden/BIP	0,537	
Defizit/BIP		4,531
Liquidität	0,006	0,006
BBB Spread	-22,188	-19,049
Krisen-Dummy	166,970	160,801
N	313	311
r ²	0,73	0,78

Schulden/BIP und Defizit/BIP sind relativ zum Benchmarkland Deutschland oder USA gemessen und bestimmen das Ausfallrisiko. Die Variable *Liquidität* misst die ausstehende Summe an Wertpapieren nominiert in DM/Euro und US-Dollar; BBB Spread dient als Maß für Risikoaversion und misst den Zinsspread zwischen Unternehmensanleihen niedriger Bonität und sicheren Staatsanleihen in den USA. Die Koeffizienten, die den EWU und den Kriseneffekt messen, sind den Koeffizienten im oberen Bereich der Tabelle hinzuzurechnen.

Quelle: Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

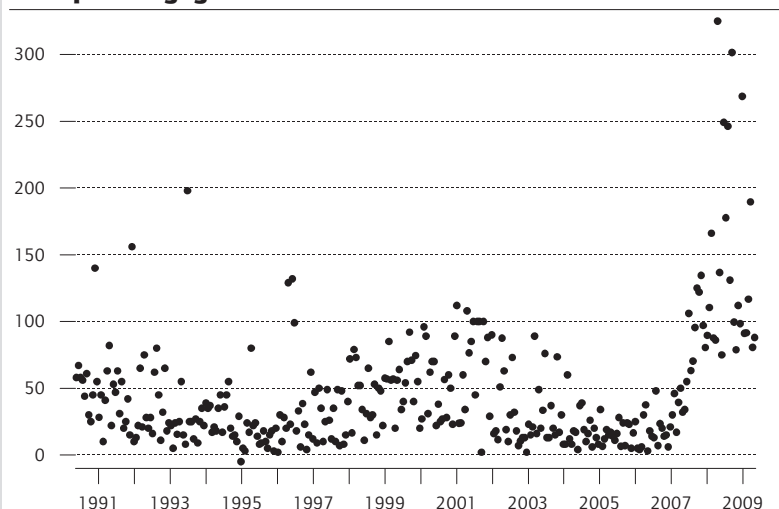
im Wesentlichen frühere Resultate von Bernoth, Schuknecht und von Hagen.⁴

Während der Einfluss der aufgelaufenen Staatsverschuldung auf die Zinsspreads mit Ausbruch der Krise unverändert bleibt, wirkt eine Erhöhung des Staatsdefizits nun sehr viel stärker. Die Ergebnisse zeigen ferner, dass die Risikoprämien auf Staatsanleihen im Zuge der Finanzkrise auch unabhängig von länderspezifischen Faktoren gestiegen sind. So haben die Zinsspreads generell um rund 160 Basispunkte angezogen.

⁴ Bernoth, K., von Hagen, J., Schuknecht, L.: Sovereign Risk Premia in the European Government Bond Market. ECB Working Paper 369, 2004.

Arbeitsproduktivität eher schwach sind und wenige Möglichkeiten zur Rationalisierung bestehen. Ein anderer Teil der Wirtschaft ist zwar auf die Inlandsnachfrage ausgerichtet, dort spielen aber die verfügbaren Einkommen gar keine oder nur eine untergeordnete Rolle. Dazu gehört die öffentliche Verwaltung, in der wohl weiterhin Beschäftigung abgebaut werden dürfte, zumal die Haushaltslage

Abbildung

Zinsspreads gegenüber Deutschland und den USA

Zinsspreads geben den Zinsunterschied zwischen den in US-Dollar oder in DM/Euro nominierten Anleihen einzelner EU-15-Länder gegenüber vergleichbaren deutschen und US-Staatsanleihen zum Emissionszeitpunkt an.

Quelle: Dialogic.

DIW Berlin 2010

Um zu bestimmen, ob internationale oder länderspezifische Faktoren bei der Erklärung der Zinsspreads überwiegen, wird der Beitrag der Fiskalsituation Griechenlands und Irlands zu den Zinsspreads untersucht. Danach sind ungefähr 80 Basispunkte des Zinsanstiegs von griechischen Anleihen auf die Fiskalsituation des Landes zurückzuführen; in Irland sind dies 60 Basispunkte. Wesentlich höher schlägt indes der generelle Krisenaufschlag von 160 Basispunkten zu Buche.

Die betrachteten EU-Länder erfahren also gegenüber Referenzstaaten wie Deutschland und den USA einen Zinsnachteil, der ursächlich auf die Finanzkrise zurückzuführen ist. Es ist allerdings anzunehmen, dass der generelle Anstieg von Risikoprämien in erheblichem Maß auch eine Korrektur der vormals sehr niedrigen Risikobewertung auf den Finanzmärkten widerspiegelt. Dennoch zeigt sich, dass die Disziplinierung durch die Märkte eine wichtige Rolle spielt, um Regierungen zu fiskalischer Nachhaltigkeit zu bewegen. Politikvorschläge, die darauf abzielen, korrigierend in diese Mechanismen einzugreifen, sind daher nicht zu empfehlen.

der Gebietskörperschaften extrem angespannt ist. Völlig anders sieht es dagegen in Bereichen aus, die Teil des Staatssektors oder mit dem Staat und den Sozialversicherungen eng verbunden sind. Dazu gehören die Bereiche Erziehung und Wissenschaft sowie das Gesundheits- und Sozialwesen. Hier wurde trotz der Krise auch 2009 die Beschäftigung ausgebaut. Das Gesundheits- und

Sozialwesen zeichnet sich sogar dadurch aus, dass es unbeeinflusst von jeglicher Konjunkturentwicklung die Beschäftigung seit Jahrzehnten ausweitet. Auch 2010 und 2011 dürfte in diesen Bereichen der Personalstand aufgestockt werden.

2009 hat der sektorale Strukturwandel bei der Beschäftigung hin zu den Dienstleistungen einen kräftigen Schub erhalten. Dies wird sich 2010 und 2011 fortsetzen – allerdings mit stark gebremstem Tempo. Damit geht einher, dass Teilzeitarbeitsverhältnisse weiter an Bedeutung gewinnen.

Öffentliche Finanzen: Kein Spielraum für Steuerensenkungen

Der jüngst beschlossene Haushalt 2010 sieht Ausgaben in Höhe von rund 320 Milliarden Euro und eine Neuverschuldung von 80,2 Milliarden Euro vor. Die Einnahmen des Staates dürften im Jahr 2010 zudem schlechter ausfallen als erwartet. Grund dafür sind vor allem geringere Steuereinnahmen. Vor dem Hintergrund einer extrem angespannten Haushaltslage muss diskutiert werden, wie eine Konsolidierungsstrategie auszusehen hat.

Ein wesentlicher Treiber der Schuldenentwicklung sind fiskalische Maßnahmen, die zur Stützung der Konjunktur eingesetzt wurden. Zuletzt wurde das dritte Konjunkturprogramm, das sogenannte Wachstumsbeschleunigungsgesetz, verabschiedet. Es sieht vor allem eine Erhöhung der Steuerfreibeträge vor. So wurden beispielsweise der Kinderfreibetrag und der Freibetrag für den Betreuungs- und Erziehungs- oder Ausbildungsbedarf deutlich erhöht. Daneben wurden zusätzliche Abschreibungsmöglichkeiten bei Wirtschaftsgütern beschlossen.

Die Staatseinnahmen entwickeln sich schwächer als noch Ende 2009 prognostiziert. Im Vergleich zur letzten Schätzung im Winter sind nun einige weitere Monate des kassenmäßigen Steueraufkommens bekannt. Auf dieser Grundlage ergeben sich aktualisierte Einschätzungen zum weiteren Verlauf der Steuereinnahmen. Dies wird im Folgenden exemplarisch für die Lohnsteuer aufgezeigt.

Im Januar 2010 sank das kassenmäßige Lohnsteueraufkommen im Vergleich zum Vorjahresmonat um acht Prozent, im Februar sogar um 14 Prozent. Eine Prognose im November 2009 hätte noch deutlich höhere Lohnsteuereinnahmen ausgewiesen, als dies bei einer Prognose im März 2010 der Fall ist (Abbildung 8). Die Prognose für das Lohnsteueraufkommen ist also nach unten zu

korrigieren. Im Vergleich zum alten Stand dürften die Mindereinnahmen 2010 bei ungefähr sieben Milliarden Euro, 2011 bei knapp fünf Milliarden Euro liegen. Ein Grund hierfür ist das im Dezember 2009 beschlossene Wachstumsbeschleunigungsgesetz. Zudem wirken sich die Kurzarbeit und die geringeren Lohnerhöhungen negativ aus.

Die Sozialausgaben werden 2010 deutlich steigen. Dabei werden sich die Ausgaben für die Arbeitslosen erhöhen. Dies hängt auch damit zusammen, dass die Zahl der Bezieher von Arbeitslosengeld I vergleichsweise stark zugenommen hat. Hinzu kommen erhöhte Zahlungen bei den Wohnkosten für die Bezieher von Arbeitslosengeld II. Darüber hinaus ist zu erwarten, dass die Rentenausgaben wegen der Zunahme der Rentnerzahl sowie der letztjährigen Rentenerhöhung moderat steigen. Darüber hinaus wird die Ausgabenseite durch die Kindergelderhöhung belastet. Davon ist jedoch keine nachhaltige Stärkung der Wachstumskräfte zu erwarten. Die Refinanzierungsquote ist gering, wodurch sich das strukturelle Defizit des Staatshaushalts erhöht.

Zusätzlich verursacht die gestiegene Staatsverschuldung höhere Zinsausgaben, die aber angesichts des niedrigen Zinsniveaus nur moderat wachsen. Außerdem profitiert Deutschland in wirtschaftlich angespannten Zeiten im Vergleich zu anderen europäischen Ländern von dem Wunsch internationaler Investoren, Kapital möglichst sicher anzulegen (Kasten 3).

Insgesamt besteht zum jetzigen Zeitpunkt kein Spielraum für Steuerensenkungen. Kommt es dennoch zu Steuervergünstigungen, müssen diese durch Steuererhöhungen an anderer Stelle refinanziert werden. Staatliche Ausgaben sollten vor allem vor dem Hintergrund der gesamtwirtschaftlichen Rendite beurteilt werden. Daher sind geplante Mehrausgaben zu hinterfragen. Durch ihre Klientelpolitik, die beispielsweise in der Umsatzsteuervergünstigung für das Hotelgewerbe oder Subventionen für Milchbauern zum Ausdruck kommt, untergräbt die Bundesregierung ihre ordnungspolitische Glaubwürdigkeit, die für den geplanten Abbau von Steuerausnahmetatbeständen unverzichtbar ist. Denn ein nachhaltiger und umfassender Abbau von Subventionen und Steuervergünstigungen und eine stärker entgeltorientierte (und weniger steuerorientierte) Finanzierung öffentlicher Güter wird gerade vor dem Hintergrund der Konsolidierungsaufgabe in Anbetracht der gesetzlich verankerten Schuldenbremse unverzichtbar sein und sollte möglichst schnell umgesetzt werden. Neben Ausgabenkürzungen werden auch Steuererhöhungen unverzichtbar sein.

JEL Classification:
E32, E66, F01

Keywords:
Business Cycle forecast,
Economic Outlook

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Erwerbstätige	1,4	0,0	0,0	0,2	0,3	-0,3	-0,2	0,2	0,2	0,2
Arbeitszeit, arbeitstächlich	-1,2	-2,8	-0,4	0,4	-2,1	-3,4	-0,8	0,0	-0,6	1,3
Arbeitstage	1,1	0,0	0,5	-0,1	-1,9	1,8	0,8	0,2	0,8	-1,0
Arbeitsvolumen, kalendermonatlich	1,3	-2,8	0,1	0,4	-3,8	-1,9	-0,1	0,4	0,4	0,4
Produktivität¹	0,0	-2,2	1,5	1,4	-3,1	-1,3	2,0	1,1	1,5	1,3
Reales Bruttoinlandsprodukt	1,3	-5,0	1,7	1,8	-6,7	-3,2	1,9	1,5	1,9	1,7
2. Verwendung des Inlandsprodukts in jeweiligen Preisen										
a) Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 861,5	1 887,8	1 911,8	1 959,6	921,6	966,2	928,9	982,8	953,9	1 005,7
Private Haushalte²	1 409,7	1 414,7	1 426,9	1 464,0	693,4	721,3	694,3	732,6	713,9	750,1
Staat	451,8	473,1	484,9	495,6	228,2	244,9	234,6	250,3	240,0	255,6
Anlageinvestitionen	474,7	430,6	439,6	444,0	203,4	227,3	207,6	232,1	211,9	232,2
Ausrüstungen	201,8	158,2	156,5	159,9	75,5	82,7	74,6	81,9	76,4	83,4
Bauten	245,0	245,2	255,5	256,9	114,9	130,3	119,7	135,8	122,3	134,6
Sonstige Anlageinvestitionen	27,9	27,3	27,6	27,3	13,0	14,3	13,3	14,3	13,2	14,1
Vorratsveränderung³	3,9	-21,2	-25,9	0,0	-3,3	-17,9	-8,0	-17,9	0,6	-0,6
Inländische Verwendung	2 340,1	2 297,3	2 325,5	2 403,6	1 121,7	1 175,5	1 128,5	1 197,0	1 166,3	1 237,3
Außenbeitrag	155,7	109,9	158,5	157,8	47,4	62,6	85,8	72,7	84,0	73,8
Exporte	1 179,4	982,3	1 045,1	1 086,9	472,4	509,9	512,2	532,9	532,5	554,5
Importe	1 023,7	872,3	886,6	929,1	425,0	447,3	426,4	460,2	448,4	480,7
Bruttoinlandsprodukt	2 495,8	2 407,2	2 484,0	2 561,5	1 169,1	1 238,1	1 214,3	1 269,7	1 250,4	1 311,1
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	2,8	1,4	1,3	2,5	1,5	1,3	0,8	1,7	2,7	2,3
Private Haushalte²	2,5	0,4	0,9	2,6	0,5	0,2	0,1	1,6	2,8	2,4
Staat	3,7	4,7	2,5	2,2	4,8	4,7	2,8	2,2	2,3	2,1
Anlageinvestitionen	4,2	-9,3	2,1	1,0	-11,3	-7,4	2,1	2,1	2,1	0,1
Ausrüstungen	2,7	-21,6	-1,0	2,1	-22,9	-20,4	-1,2	-0,9	2,5	1,8
Bauten	5,8	0,1	4,2	0,6	-2,6	2,6	4,2	4,2	2,2	-0,9
Sonstige Anlageinvestitionen	1,6	-2,2	1,2	-1,2	-2,4	-2,0	2,4	0,0	-1,0	-1,4
Inländische Verwendung	3,7	-1,8	1,2	3,4	-1,6	-2,0	0,6	1,8	3,4	3,4
Exporte	3,5	-16,7	6,4	4,0	-21,1	-12,1	8,4	4,5	4,0	4,0
Importe	5,8	-14,8	1,6	4,8	-15,6	-14,0	0,3	2,9	5,2	4,4
Bruttoinlandsprodukt	2,8	-3,5	3,2	3,1	-5,4	-1,8	3,9	2,5	3,0	3,3
3. Verwendung des Inlandsprodukts, preisbereinigt										
a) Verkettete Volumina in Milliarden Euro										
Konsumausgaben	1 669,0	1 684,0	1 690,2	1 711,4	828,1	855,8	825,4	864,7	839,1	872,2
Private Haushalte²	1 249,9	1 252,7	1 252,9	1 268,6	616,5	636,3	610,3	642,6	621,1	647,4
Staat	419,3	431,8	438,0	443,5	211,9	219,8	215,6	222,4	218,4	225,1
Anlageinvestitionen	468,7	427,1	433,0	438,2	201,0	226,1	204,6	228,4	208,4	229,8
Ausrüstungen	224,8	178,7	179,7	186,5	84,6	94,1	84,8	94,9	88,3	98,2
Bauten	213,8	212,0	214,7	213,3	99,6	112,5	101,5	113,3	101,7	111,6
Sonstige Anlageinvestitionen	34,3	35,9	38,4	39,8	16,7	19,2	18,3	20,2	19,0	20,8
Inländische Verwendung	2 114,6	2 071,0	2 078,6	2 127,9	1 018,9	1 052,0	1 015,5	1 063,2	1 040,8	1 087,3
Exporte	1 161,5	996,8	1 050,6	1 086,7	480,7	516,1	515,5	535,1	534,0	552,8
Importe	1 002,1	912,6	935,1	984,0	441,5	471,1	450,3	484,9	474,5	509,6
Bruttoinlandsprodukt	2 274,0	2 160,9	2 196,8	2 236,5	1 061,2	1 099,8	1 080,8	1 116,0	1 101,7	1 134,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Konsumausgaben	0,8	0,9	0,4	1,3	1,0	0,8	-0,3	1,0	1,7	0,9
Private Haushalte²	0,4	0,2	0,0	1,3	0,4	0,1	-1,0	1,0	1,8	0,8
Staat	2,0	3,0	1,4	1,3	2,8	3,1	1,7	1,2	1,3	1,2
Anlageinvestitionen	3,1	-8,9	1,4	1,2	-11,2	-6,7	1,8	1,0	1,9	0,6
Ausrüstungen	3,3	-20,5	0,6	3,8	-21,8	-19,3	0,3	0,9	4,1	3,5
Bauten	2,6	-0,8	1,3	-0,7	-4,2	2,3	1,9	0,7	0,3	-1,5
Sonstige Anlageinvestitionen	5,3	4,9	6,8	3,6	4,3	5,5	9,0	4,9	3,9	3,4
Inländische Verwendung	1,7	-2,1	0,4	2,4	-2,0	-2,2	-0,3	1,1	2,5	2,3
Exporte	2,9	-14,2	5,4	3,4	-18,6	-9,7	7,3	3,7	3,6	3,3
Importe	4,3	-8,9	2,5	5,2	-10,0	-7,9	2,0	2,9	5,4	5,1
Bruttoinlandsprodukt	1,3	-5,0	1,7	1,8	-6,7	-3,2	1,9	1,5	1,9	1,7

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2000= 100)										
Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Private Konsumausgaben ²	2,1	0,1	0,8	1,3	0,1	0,2	1,1	0,6	1,0	1,6
Konsumausgaben des Staates	1,6	1,7	1,0	0,9	1,9	1,5	1,1	1,0	0,9	0,9
Anlageinvestitionen	1,1	-0,5	0,7	-0,2	-0,1	-0,8	0,3	1,1	0,2	-0,5
Ausrüstungen	-0,6	-1,4	-1,6	-1,6	-1,3	-1,4	-1,5	-1,7	-1,6	-1,6
Bauten	3,1	0,9	2,9	1,2	1,6	0,3	2,2	3,5	1,9	0,6
Exporte	0,6	-3,0	0,9	0,5	-3,2	-2,7	1,1	0,8	0,4	0,7
Importe	1,4	-6,4	-0,8	-0,4	-6,3	-6,6	-1,7	0,0	-0,2	-0,6
Bruttoinlandsprodukt	1,5	1,5	1,5	1,3	1,5	1,5	2,0	1,1	1,0	1,6
5. Einkommensentstehung und -verteilung										
a) Milliarden Euro										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	1 830,6	1 804,5	1 817,5	1 845,5	897,2	907,3	901,4	916,1	914,8	930,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	229,2	232,4	234,0	236,7	113,4	119,0	113,6	120,4	114,8	121,9
Bruttolöhne und -gehälter	995,8	991,5	996,9	1 008,3	472,2	519,3	473,5	523,4	478,4	529,9
Übrige Primäreinkommen ⁴	605,5	580,6	586,7	600,4	311,6	269,1	314,4	272,3	321,6	278,8
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	338,9	280,9	299,9	352,5	99,1	181,8	126,9	173,0	154,4	198,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2 169,4	2 085,4	2 117,5	2 197,9	996,3	1 089,2	1 028,3	1 089,2	1 069,2	1 128,7
Abschreibungen	367,6	365,0	366,3	373,6	185,1	179,8	184,9	181,5	188,6	185,1
Bruttonationaleinkommen	2 537,0	2 450,4	2 483,8	2 571,6	1 181,4	1 269,0	1 213,2	1 270,6	1 257,8	1 313,8
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	1 886,0	1 815,0	1 842,5	1 914,0	859,7	955,3	891,4	951,1	928,0	986,0
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	661,0	591,1	611,7	669,0	274,0	317,1	304,4	307,3	334,8	334,2
Arbeitnehmerentgelt	1 225,1	1 223,9	1 230,9	1 245,0	585,6	638,3	587,1	643,8	593,2	651,8
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,9	-1,4	0,7	1,5	-0,6	-2,3	0,5	1,0	1,5	1,6
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	2,8	1,4	0,7	1,2	2,6	0,2	0,2	1,2	1,1	1,2
Bruttolöhne und -gehälter	4,0	-0,4	0,5	1,1	0,1	-0,9	0,3	0,8	1,0	1,2
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,2	-4,1	1,0	2,3	-2,6	-5,8	0,9	1,2	2,3	2,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-4,9	-17,1	6,8	17,5	-37,7	1,1	28,1	-4,8	21,7	14,5
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2,4	-3,9	1,5	3,8	-6,1	-1,7	3,2	0,0	4,0	3,6
Abschreibungen	2,2	-0,7	0,4	2,0	-0,1	-1,3	-0,1	0,9	2,0	2,0
Bruttonationaleinkommen	2,4	-3,4	1,4	3,5	-5,2	-1,7	2,7	0,1	3,7	3,4
Nachrichtlich:										
Volkseinkommen	2,5	-3,8	1,5	3,9	-6,5	-1,2	3,7	-0,4	4,1	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	0,2	-10,6	3,5	9,4	-18,7	-2,1	11,1	-3,1	10,0	8,7
Arbeitnehmerentgelt	3,7	-0,1	0,6	1,2	0,6	-0,7	0,2	0,9	1,1	1,2
6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte										
a) Milliarden Euro										
Masseneinkommen	1 017,1	1 043,2	1 062,8	1 077,6	500,6	542,6	512,9	549,9	519,9	557,7
Nettolöhne- und -gehälter	642,7	637,0	643,2	650,7	299,1	337,9	303,0	340,2	306,2	344,5
Monetäre Sozialleistungen	452,7	490,4	508,9	516,4	243,9	246,5	254,6	254,3	258,7	257,7
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	78,3	84,2	89,3	89,5	42,4	41,9	44,7	44,6	45,0	44,6
Übrige Primäreinkommen ⁴	605,5	580,6	586,7	600,4	311,6	269,1	314,4	272,3	321,6	278,8
Sonstige Transfers (Saldo) ⁶	-64,5	-59,3	-55,0	-48,0	-32,4	-26,9	-31,0	-24,0	-26,0	-22,0
Verfügbares Einkommen	1 558,1	1 564,5	1 594,5	1 630,0	779,8	784,7	796,2	798,2	815,5	814,5
Nachrichtlich:										
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	30,1	30,3	30,4	30,9	14,9	15,4	14,9	15,5	15,1	15,8
Konsumausgaben	1 409,7	1 414,7	1 426,9	1 464,0	693,4	721,3	694,3	732,6	713,9	750,1
Sparen	178,5	180,1	197,7	196,6	101,4	78,8	116,7	81,0	116,5	80,0
Sparquote in Prozent ⁷	11,2	11,3	12,2	11,8	12,8	9,8	14,4	10,0	14,0	9,6
b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr										
Masseneinkommen	2,1	2,6	1,9	1,4	2,3	2,9	2,4	1,4	1,4	1,4
Nettolöhne- und -gehälter	3,2	-0,9	1,0	1,2	-0,9	-0,9	1,3	0,7	1,0	1,2
Monetäre Sozialleistungen	0,7	8,3	3,8	1,5	7,6	9,1	4,4	3,2	1,6	1,4
abzgl. Abgaben auf soziale Leistungen ⁵	2,0	7,6	6,1	0,2	9,0	6,1	5,6	6,5	0,6	-0,1
Übrige Primäreinkommen ⁴	4,2	-4,1	1,0	2,3	-2,6	-5,8	0,9	1,2	2,3	2,4
Verfügbares Einkommen	2,7	0,4	1,9	2,2	0,5	0,3	2,1	1,7	2,4	2,0
Konsumausgaben	2,5	0,4	0,9	2,6	0,5	0,2	0,1	1,6	2,8	2,4
Sparen	7,7	0,9	9,8	-0,6	0,9	1,0	15,1	2,9	-0,1	-1,2

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2010 bis 2011

	2008	2009	2010	2011	2009		2010		2011	
					1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates^a

a) Milliarden Euro

Einnahmen

Steuern	592,6	562,9	540,0	564,2	285,4	277,4	266,8	273,2	280,5	283,7
Sozialbeiträge	408,1	411,1	412,6	420,4	201,3	209,8	201,9	210,7	205,5	214,9
Verkäufe	47,6	49,5	49,5	50,3	23,3	26,3	23,8	25,7	23,6	26,7
Sonstige Einnahmen	43,5	42,4	34,3	40,8	23,8	18,7	18,0	16,3	22,1	18,7
Insgesamt	1 091,8	1 066,0	1 036,4	1 075,7	533,8	532,2	510,5	525,9	531,7	544,0

Ausgaben

Vorleistungen	106,6	113,9	118,6	121,2	52,3	61,6	55,0	63,6	56,4	64,8
Arbeitnehmerentgelte	172,1	177,0	175,3	177,1	84,9	92,1	83,5	91,8	84,9	92,2
Vermögenseinkommen (Zinsen)	67,1	63,5	72,2	73,6	31,3	32,2	35,9	36,3	37,0	36,6
Subventionen	28,0	32,8	32,7	30,3	15,5	17,3	16,2	16,5	15,2	15,1
Monetäre Sozialleistungen	421,6	444,0	464,1	474,2	220,7	223,3	232,0	232,1	237,2	237,0
Soziale Sachleistungen	185,8	196,8	204,6	211,3	96,5	100,3	101,0	103,6	104,6	106,7
Bruttoinvestitionen	37,4	40,1	44,3	41,2	16,6	23,5	19,1	25,2	18,0	23,2
Sonstige Ausgaben	72,1	77,2	70,5	67,5	36,6	40,6	35,0	35,5	32,0	35,5
Insgesamt	1 090,8	1 145,3	1 182,3	1 196,4	554,5	590,8	577,7	604,6	585,3	611,1
Finanzierungssaldo	1,0	-79,3	-145,9	-120,7	-20,7	-58,6	-67,2	-78,7	-53,6	-67,1

b) Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen

Steuern	2,8	-5,0	-4,1	4,5	-4,3	-5,8	-6,5	-1,5	5,1	3,8
Sozialbeiträge	2,1	0,7	0,4	1,9	2,2	-0,6	0,3	0,4	1,8	2,0
Verkäufe	1,5	4,1	-0,1	1,6	2,4	5,7	2,2	-2,1	-0,8	3,9
Sonstige Einnahmen	3,0	-2,5	-19,2	19,0	-3,6	-1,2	-24,2	-12,7	22,8	14,7
Insgesamt	2,5	-2,4	-2,8	3,8	-1,6	-3,1	-4,4	-1,2	4,2	3,4

Ausgaben

Vorleistungen	5,3	6,9	4,1	2,2	6,7	7,0	5,1	3,2	2,5	1,9
Arbeitnehmerentgelte	2,2	2,8	-1,0	1,0	3,2	2,5	-1,7	-0,3	1,7	0,4
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-0,3	-5,3	13,6	1,9	-8,0	-2,5	14,7	12,6	3,1	0,8
Subventionen	1,4	17,0	-0,2	-7,3	14,6	19,2	4,6	-4,6	-6,2	-8,5
Monetäre Sozialleistungen	0,7	5,3	4,5	2,2	4,5	6,1	5,1	4,0	2,2	2,1
Soziale Sachleistungen	4,2	6,0	3,9	3,3	5,3	6,6	4,7	3,2	3,6	3,0
Bruttoinvestitionen	9,1	7,0	10,6	-7,0	1,9	10,9	15,1	7,5	-5,8	-7,9
Sonstige Ausgaben	11,0	7,0	-8,7	-4,3	-1,6	16,1	-4,5	-12,5	-8,6	0,0
Insgesamt	2,8	5,0	3,2	1,2	3,6	6,3	4,2	2,3	1,3	1,1

1 Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.

2 Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.

3 Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.

4 Selbständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.

5 Einschließlich verbrauchsnahe Steuern.

6 Empfangene abzüglich geleistete Transfers.

7 Sparen in Prozent des verfügbaren Einkommens.

8 Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des DIW Berlin.

DIW Berlin 2010

Weekly Report DIW Berlin

No. 9/2010, March 10, 2010

**Paying the Cradle's Bill:
The Long Term Economic Consequences of Economic Crises**

Carlos Bozzoli

Argentina hit world news headlines in 2002 due to the largest debt-default in history and a sudden economic collapse reminiscent of economic statistics from the Great Depression. In this article, we focus on other consequences of the crisis that are not so obvious, but that may linger for decades on. Using the case of Argentina, we examine the long-term consequences of adverse economic conditions for those born during the crisis. We focus on birth weight—a key indicator of health at birth—and the effects that this has on the income of the cohort born during the crisis, to illustrate how a “cradle bill” may emerge in these situations. We find that in just about 6 months, the birth weight of newborns in a middle-high income country like Argentina deteriorated in a magnitude that is comparable to 1/6th the difference in birth weight between American and Pakistani babies. These results are also stunning because such disruption in health status occurred in a country with a similar ratio of physicians per person than Germany or Norway. We estimate the average loss of future individual earnings due to the reduction in average birth weight is about 500 US-Dollars in present value. This is a conservative estimate because it does not include other potential losses not reflected in lifetime earnings, for example life-time health care costs or a reduction in life expectancy. This “bill” will not be paid equally, since poor mothers are most affected in terms of birth weight, which may exacerbate income inequalities in the long run. The policy implications of these findings are not solely relevant for developing countries, but also for developed countries in terms of setting priorities in aid strategies to countries under economic distress.

Weekly Report DIW Berlin

No. 10/2010, March 24, 2010

German Industry Succeeds with Research-Intensive Goods

Heike Belitz, Martin Gornig, Alexander Schiersch

As a country highly specialized in the production of investment goods, Germany has been especially hard hit by the global recession. Because the production profile of German industry is technology-intensive, however, there is reason to believe that Germany will emerge from the present economic crisis with renewed strength. In no other industrialized nation is production as heavily geared to research-intensive goods as it is here. Germany has increased its lead over its most significant rivals not only in motor vehicle manufacturing, but also in machinery, communication equipment, and medical and precision instruments. The success of German companies is based not only on compelling products, but also on the relative efficiency of their production processes compared to other countries.

Veranstaltungen des DIW Berlin

DIW Berlin, IZA Bonn, OECD Berlin Centre and CEPR London are pleased to invite you to the next Berlin Lunchtime Meeting

Prof. Clemens Fuest, Ph.D.
Universität Oxford

Staatsfinanzen in Deutschland bis 2020: Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen oder Wirtschaftswachstum?

Moderation: PD Dr. Hilmar Schneider
IZA, Bonn

Mittwoch, 21. April 2010, 12 bis 14 Uhr

DIW Berlin, Mohrenstr. 58, 10117 Berlin
Schumpeter-Saal, 1. OG

Die Finanzpolitik in Deutschland steht vor großen Herausforderungen. Einerseits hat die Finanzkrise große Defizite in den öffentlichen Haushalten hinterlassen. Andererseits verpflichten der Europäische Stabilitätspakt und die Schuldenschränke im Grundgesetz die Politik dazu, die Haushalte zu konsolidieren. Clemens Fuest analysiert, welche Mischung aus Ausgabenkürzungen und Steuererhöhungen dafür erforderlich ist und in welchem Umfang Wirtschaftswachstum das Problem lösen kann.

Clemens Fuest ist seit Oktober 2008 Professor für Unternehmensbesteuerung an der Universität Oxford und zugleich Forschungsdirektor des dort angesiedelten Centre for Business Taxation. Er ist außerdem Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des Bundesfinanzministeriums.

Hilmar Schneider ist seit Juli 2001 Direktor für Arbeitsmarktpolitik am IZA, Bonn. Darüber hinaus ist er seit 2002 Research Affiliate des DIW Berlin. Von 2006 bis 2008 war er Mitglied im Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten. Seit 2007 ist er Mitglied der Zensuskommission.

Die Veranstaltung findet in deutscher Sprache statt.

Wir freuen uns auf Ihre Teilnahme an dieser Veranstaltung und bitten Sie, Ihre **verbindliche Anmeldung** via e-mail an events@diw.de zu senden.

Impressum

DIW Berlin
Mohrenstraße 58
10117 Berlin
Tel. +49-30-897 89-0
Fax +49-30-897 89-200

Herausgeber

Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann
(Präsident)
Prof. Dr. Tilman Brück
Prof. Dr. Christian Dreger
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Alexander Kritikos
Prof. Dr. Viktor Steiner
Prof. Dr. Gert G. Wagner
Prof. Dr. Christian Wey

Chefredaktion

Dr. Kurt Geppert
Carel Mohn

Redaktion

Tobias Hanraths
PD Dr. Elke Holst
Susanne Marcus
Manfred Schmidt

Lektorat

Karl Brenke

Pressestelle

Renate Bogdanovic
Tel. +49-30-897 89-249
presse@diw.de

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 7477649
Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. 01 805-19 88 88, 14 Cent/min.
Reklamationen können nur innerhalb
von vier Wochen nach Erscheinen des
Wochenberichts angenommen werden;
danach wird der Heftpreis berechnet.

Bezugspreis

Jahrgang Euro 180,-
Einzelheft Euro 7,-
(jeweils inkl. Mehrwertsteuer
und Versandkosten)
Abbestellungen von Abonnements
spätestens 6 Wochen vor Jahresende
ISSN 0012-1304
Bestellung unter leserservice@diw.de

Satz

eScriptum GmbH & Co KG, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin

Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Stabsabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(Kundenservice@diw.de) zulässig.

Gedruckt auf
100 Prozent Recyclingpapier



Schüssler 2008

Forschungsbasierte Politikberatung – was sonst?

von Klaus F. Zimmermann*

Wie schrecklich: „Einst bibberten Regierungen vor ihrem ökonomischen Urteil, ihre Prognosen sorgten für Aufregung... Heute drohen Deutschlands Wirtschaftsforschungsinstitute in der Bedeutungslosigkeit zu versinken.“ (Capital 04, 2010, S. 48) Mit Attacken auf die Internationalisierung und Forschungsbasierung der Wirtschaftsforschungsinstitute propagieren solche Stellungnahmen eine Re-Provinzialisierung der deutschen Politikberatung. Das wird wenig fruchten.

Basierend auf Voten von Wissenschaftsrat, Leibniz-Gemeinschaft und der verantwortlichen Politik haben die Institute ihre Forschungs- und Beratungsleistungen internationalisiert und sich dabei breiten Respekt erworben. Diese Orientierung hat sich inzwischen zu einem globalen Wettbewerbsvorteil entwickelt. Sie war auch dringend notwendig: Schließlich trifft die deutsche Politik international auf Regierungen, die sich hochkarätig wissenschaftlich beraten lassen.

Basierend auf Voten von Wissenschaftsrat, Leibniz-Gemeinschaft und der verantwortlichen Politik haben die Institute ihre Forschungs- und Beratungsleistungen internationalisiert und sich dabei breiten Respekt erworben. Diese Orientierung hat sich inzwischen zu einem globalen Wettbewerbsvorteil entwickelt. Sie war auch dringend notwendig: Schließlich trifft die deutsche Politik international auf Regierungen, die sich hochkarätig wissenschaftlich beraten lassen.

Zwar stellt die Verbindung von Forschung und Beratung einen schwierigen Spagat dar, dem nicht jeder gewachsen ist. Aber dennoch ist er das unverzichtbare Leitbild einer modernen und leistungsfähigen Politikberatung. Das gilt für Fragen der Konjunktur ebenso wie für Umwelt, Arbeit oder Innovation. Alles andere sind billige Ausreden.

Wer behauptet, die Nähe zur Politik sei heute verpönt, liegt falsch: Bibbern ist kein Kriterium für gute Beratung. Größere Nähe garantiert dies jedenfalls nicht. Politische und wissenschaftliche Unabhängigkeit ist allerdings heute für den Wissenschaftler mehr als selbstverständlich. Der Verfasser beriet seit Beginn der Wirtschaftskrise unter anderem das Kanzleramt, die deutsche Ministerpräsidentenkonferenz, diverse Bundesministerien, vier Landesregierungen, die Europäische Kommission sowie zahlreiche Vertreter unter anderem der amerikanischen, chinesischen, russischen, japanischen und schwedischen Regierungen.

Politikberatung heute ist intensiver und besser als noch vor einer Dekade. Diejenigen, die Anderes am Erfolg umstrittener heutiger Konjunkturprognosen festmachen wollen, sind Ignoranten. Allein im letzten Jahrzehnt gab es zwei ähnlich große Mediendebatten über Konjunkturprognosen. Die Konjunktur ist an Wendepunkten kaum prognostizierbar. *Richtig* operiert hier vor allem der Zufall. Die Relevanz der Wirtschaftsforschungsinstitute mit solchen Prognosen bewerten zu wollen, wäre abenteuerlich, auch weil sie nur einen Bruchteil ihrer Arbeit darstellen.

Die Konjunkturprognose ist nicht die Königsdisziplin der Ökonomie. Bankenvolkswirte kennen häufig relevante *weiche* Faktoren besser als Wissenschaftler, die nicht so nahe am Marktgeschehen operieren. Deshalb ist es schade, dass die Bundesregierung das gemeinsame Angebot des DIW Berlin mit Bankenvolkswirten für die Gemeinschaftsdiagnose nicht näher ansehen wollte.

* Prof. Dr. Klaus F. Zimmermann ist Präsident des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der deutschen wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute (ARGE).